

**5. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 25. Juni 2020,
Stadttheater Olten, Konzertsaal
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.20 Uhr**

Anwesend sind: 40 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund, 3. Urs Knapp, 4. David Plüss, 5. Madeleine Portmann,
6. Daniel Probst, 7. Simone Sager, 8. Deny Sonderegger, 9. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç (ab 19.10 Uhr), 3. Gökhan Karabas,
4. Eugen Kiener, 5. Huguette Meyer Derungs, 6. Dr. Rudolf Moor, 7. Luc Nünlist,
8. Dr. Arnold Uebelhart, 9. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Thomas Kellerhals, 4. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Michael Neuenschwander, 3. Raphael Schär, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Christian Dietschi, 3. Ursula Rüegg, 4. Philippe Ruf

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!:

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

parteilos:

1. Ernst Eggmann

Stadtrat:
Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Direktion Bau
Marion Rauber, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent
Lorenz Schmid, Stadtplaner

Entschuldigt abwesend:
Benvenuto Savoldelli

Vorsitz: Daniel Probst

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

9. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung

- 9.1. Dringliche Motion Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Erhalt der Kindergärten im Kleinholz (bei Zustimmung der Dringlichkeit)
- 9.2. Dringliche Interpellation Christine von Arx (SP) und MU betr. Badipreise (Bei Zustimmung der Dringlichkeit)
- 9.3. Volksauftrag (Vorschlag gem. Art. 16 GO) «Für mehr Begegnung im Säliquartier»
- 9.4. Überparteiliche Motion betr. Energiestadt Gold bis 2024
- 9.5. Interpellation Fraktion Grüne betr. Plastiksammlung
- 9.6. Interpellation Matthias Borner (SVP) und MU betr. Littering-Hauptzonen Olten
- 9.7. Motion Raphael Schär (Grüne) und MU betr. Energierichtplan
- * 9.8. Motion Muriel Jeisy-Strub (CVP/EVP/glp) und MU betr. gleiche Mitgliederzahl parlamentarischer Kommissionen
- * 9.9. Motion Ursula Rüegg (SVP) und MU betr. Hindernisfreier Zugang zum Friedhof Meisenhard
- * 9.10. Interpellation Phillippe Ruf (SVP) und Urs Knapp (FDP) betr. Finanzierung einer neuen Dreifach-Turnhalle neben der Stadthalle im Kleinholz
- * 9.11. Interpellation Christian Ginsig (GLP) & Raphael Schär-Sommer (Grüne) betr. Velounterführung beim Bahnhof Olten
- 9.12. Interpellation Corina Bolliger (SP/JSP) betr. Sommer 2020 in Olten

10. Schlussrede des abtretenden Parlamentspräsidenten

- * aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsident Daniel Probst begrüsst alle Anwesenden herzlich zur letzten Parlamentssitzung vor den Sommerferien. Wir befinden uns zwar weiterhin im Covid-19-Schutzmodus. Trotzdem dürfen wir heute ein paar Gäste persönlich begrüssen. Wir haben Gäste des Volksauftrags, den wir heute behandeln. Das ist unter Traktandum 9.3. Herr Erich Bächler sitzt hier vorne und ist der Sprecher des Volksauftrags. Auf der Tribüne haben wir Frau Eva Künzler, Herrn Lukas Sieber und Herrn Markus Müller. Mir ist noch Herr Paul Zorzin gemeldet worden. Vielleicht ist er auch hier. Dann ist meine Frau, Valerie Probst, anwesend. Sie ist als einzige heute nicht freiwillig da, sondern sie ist aus Liebe zu mir hier, weil es meine letzte Sitzung als Parlamentspräsident und Gemeinderat ist, weil wir seit über 25 Jahren zusammen sind und sie in meinen 23 Jahren als Gemeinderat immer noch mit mir zusammen ist. Schön, bist Du gekommen, Valerie. Merci.

Es folgt Applaus.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Juni 2020

Prot.-Nr. 58

Dringliche Motion Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Erhalt der Kindergärten im Kleinholz/Beantwortung

Am 3. Juni 2020 haben Philippe Ruf (SVP) und MU folgenden Vorstoss eingereicht:

«Einleitung

Im Schreiben 'Elterninformation – Schulbetrieb im Hübeli und am Zementweg', welches Erziehungsberechtigten und Eltern von Schulkindern am 21. April 2020 erhalten haben, wird mitgeteilt, dass die Schulraumplanung darauf abzielt, dass ab kommendem Schuljahr der Zyklus 1 (Kindergarten bis 2. Klasse) schrittweise im Hübelischulhaus unterrichtet wird.

Wie im Geschäft 'Provisorischer Schulraum Kleinholz, Mieterausbau Zementweg' vom 6. Januar 2020 und im oben erwähnten Schreiben dargelegt, wird durch die Schulraumplanung eine effiziente Auslastung Hübeli / Zementweg angestrebt – es bleiben praktisch keine Räume leer. Der Stadtrat hat sich diesbezüglich an eine kostengünstige Variante gehalten. Parallel dazu werden im stark anwachsenden Entwicklungsgebiet Kleinholz/Bornfeld die beiden Kindergärten aufgelöst.

Dringliche Motion

Vom Stadtrat wird durch diese dringliche Motion verlangt, dass jene beiden Kindergärten im Kleinholz mindestens bis zur Eröffnung des Schulhauses Kleinholz beibehalten werden. Dies verursacht gemäss Auskunft der Direktion für Bildung geschätzte Kosten von jährlich CHF 34.000.-.

Begründung

1. Die jährlich anfallenden Kosten stehen nicht im Vergleich dazu, dass die Quartierkindergärten nicht mehr weiterbetrieben werden können.
2. Die vorgelegte Planung, ohne die beiden Kindergärten, geht von einer restlosen Auslastung der genannten Liegenschaften aus und berücksichtigt dabei noch nicht die möglichen Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger nach Olten. So müsste unter Umständen eine weitere Übergangslösung ins Auge gefasst werden und die Liegenschaften laufen 'am Limit'.
3. Im neuen Schulhaus Kleinholz sind ausreichend Gruppenräume eingeplant, welche aktuellen Bildungsstandards entsprechen. Im Hübelischulhaus existieren keine solcher Gruppenräume und für das Lehrerzimmer muss der Kellerraum dienen. Durch die Erhaltung der Quartierkindergärten könnten immerhin wenige Gruppenräume im Hübeli / Zementweg geschaffen werden, welche dringend nötig sind.
4. Der Quartierkindergarten im Kleinholz bildet seit Jahrzehnten einen wichtigen Bestandteil des Kleinholzquartiers und hat Jahr für Jahr erfolgreich Kindergartenkinder auf ihre Schulzeit im Schulhaus Hübeli vorbereitet.
5. Die heutigen Kindergärten im Kleinholz bieten mit ihren Gartenplätzen und ihrer Lage in unmittelbarer Umgebung zu Spielplätzen, Wald und Stadthalle (Turnunterricht) ideale Bedingungen für die motorische Entwicklung der Kinder und vielfältige, spannende und lehrreiche Inputs für das Erkunden und Erfahren der Natur. Dies wäre

im Hübelischulhaus mitten in der Stadt nicht mehr gegeben, stellt das Hübelischulhaus doch einen Unterrichtsort ohne Grünfläche, ohne direkten Zugang zu Spielplätzen, Wald oder Turnhalle dar. Auch ein neu errichteter Spielplatz könnte dem nicht in gewünschtem Masse entgegenwirken.

6. Mit seinem heutigen Standort im Quartier ermöglicht der Kindergarten Kleinholz den Kindern, den Weg zum Kindergarten selbstständig zu bewältigen, ihr Quartier kennen zu lernen und sich darin sicher und eigenständig zu bewegen.
7. Bei einer Schliessung der beiden Quartierkindergärten drohen den 4- bis 5-Jährigen Kindergartenwege an der Grenze des Zumutbaren (grosse Distanzen, anspruchsvolle Verkehrssituationen). Viele Eltern sähen sich gezwungen, ihre Kindergartenkinder zu begleiten, was eine beträchtliche Zusatzbelastung für sie darstellen würde. Daher ist zu befürchten, dass viele Kinder mit „Elterntaxis“ zum Hübeli chauffiert würden, was sich wiederum nachteilig auf die Verkehrsbelastung und -sicherheit rund ums Schulhaus auswirken würde.
8. Der Quartierkindergarten hat für viele Familien mit Kleinkindern und junge Paare bis anhin einen ausschlaggebenden Faktor dargestellt, ihren Wohnort im Quartier Kleinholz / Bornfeld zu wählen. Durch die Schliessung des Kindergartens verlören die Quartiere und somit auch die Stadt Olten an Attraktivität. Aus diesen Gründen ist das Vorhaben, den Kindergarten aufzulösen, bei der Bevölkerung auf grosses Unverständnis gestossen und führt aktuell zu entsprechenden Aktivitäten, welche auf grosse Unterstützung der Bevölkerung über die Quartiergrenzen hinaus stösst.

Begründung der Dringlichkeit

Die Mietverträge mit den betroffenen Kindergärten werden von der Stadtverwaltung im Juni gekündigt. Deshalb ist die Behandlung dieses Geschäfts an der Sitzung des 25. Juni 2020 unabdingbar. Zudem ist eine sorgfältige Planung der Direktion Bildung und auch der betreffenden Familien/Eltern in diesen Monaten absolut notwendig.»

- - - -

Stadträtin Iris Schelbert-Widmer beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Formelles

Mit einer Motion verlangt das Parlament vom Stadtrat, gestützt auf Art. 60 seiner Geschäftsordnung, einen Reglements- oder Beschlussesentwurf vorzulegen. Die Motion zielt somit generell darauf ab, von der Exekutive etwas zu fordern, was in der Kompetenz der Legislative liegt.

Anders als die Motion verlangt das Postulat gemäss Art. 61 Geschäftsordnung vom Stadtrat, zu prüfen, ob ein Reglements- oder Beschlussesentwurf zu erarbeiten oder ob eine Massnahme, die in der Kompetenz der Exekutive liegt, zu treffen oder zu unterlassen sein.

Das Begehren des Motionärs betrifft die Miete von Räumlichkeiten und Nebenkosten mit wiederkehrenden Kosten von rund Fr. 34'000 pro Jahr. Dessen Regelung liegt in der Kompetenz der Exekutive, das heisst des Stadtrates. Der Vorstoss kann daher nicht als Motion, sondern muss als Postulat behandelt werden.

1. Ausgangslage

Parlamentsentscheid vom 23. Januar 2020

An der ordentlichen Sitzung des Gemeindeparlaments der Stadt Olten vom 23. Januar 2020 wurde der Stadtrat beauftragt, eine Übergangslösung im Sinne eines Schulraumprovisoriums am Zementweg 48 zu realisieren. Damit einher ging der Auftrag, einen 10-jährigen Mietvertrags für die Liegenschaft mit der Immobilienverwaltungsfirma Sturzenegger AG abzuschliessen.

Die Parlamentsvorlage war darauf aufgebaut, im Rahmen einer Absichtserklärung mit dem Hochbauamt des Kanton Solothurn ein Untermietverhältnis abzuschliessen. Dieses hätte einen Kostendeckungsbeitrag von Fr. 88'760 pro Jahr an die Betriebskosten des Standortes leisten sollen.

Abbruch der Verhandlungen mit Kanton Solothurn

Die Direktion Bildung und Sport führte intensive Verhandlungen mit dem Heilpädagogischen Zentrum Olten und dem Hochbauamt des Kantons Solothurn. Mit Schreiben vom 4. März 2020 teilte die zuständige Abteilungsleiterin des Kantons schriftlich mit, dass sich keine Synergien mit der Stadt Olten ergeben hätten und auf ein Untermietverhältnis verzichtet werde.

Neubeurteilung der Situation

Im Zusammenhang mit dem angestrebten Untermietverhältnis mit der HPSZ Olten wurde die Nutzung der Liegenschaft am Zementweg eingeschränkt. Vorgesehen war prioritär mit jüngeren Kindern zu arbeiten. Dies begründete sich aus dem Bedarf der HPSZ (Klassen der Unterstufe) und demjenigen der Stadt mit der Einquartierung des Kindergartens Kleinholz 3.

Mit dem Wegfallen der geplanten Zusammenarbeit eröffneten sich für die Nutzung des Zementwegs durch die Schule Olten neue Varianten. Eine Neubeurteilung und die Ausweitung auf die Gesamtsituation der Schule Hübeli wurde möglich und nötig.

Das Zeitfenster für Abklärungen und die Neubeurteilung der Belegung schloss sich zügig. Die Kommunikation via Stadtrat, Schulleitung, Lehrerschaft bis hin zur Elternschaft musste auf Grund der abzuschliessenden Schuljahresplanung und der damit verbundenen Zuteilung der Kinder zu den Schulstandorten zeitnah umgesetzt werden.

Antrag an den Stadtrat und Begründung

Nach Prüfung der Szenarien empfahl die Direktion Bildung und Sport dem Stadtrat die Nutzung des Gebäudes am Zementweg 48 mit **4 Klassen aus dem Zyklus 2** auf Grund folgender Hauptargumente:

- Das gewählte Szenario hat unter Berücksichtigung der zu planenden Schülerzahlen und Klassen in beiden Zyklen und an beiden Standorten das grösste Potential als nachhaltige Lösung bis zum Bezug des neuen Schulhauses zu dienen.
- Die seit langem propagierte und sich im Aufbau befindliche Zusammenarbeit der Zyklen gemäss Lehrplan 21 fällt in diesem Szenario positiv aus.
- Die Herausforderungen auf dem neuen Schulweg an den Zementweg vermindern sich, parallel zu den geplanten Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, durch die Zuteilung von Kindern mit längerer Erfahrung im Strassenverkehr zusätzlich.
- Die Vorzüge des Standortes Zementweg bleiben erhalten.
- Das gewählte Szenario kann zeitnah umgesetzt werden.

Die finanziellen Einbussen durch das Wegfallen des Untermietvertrages mit dem Kanton können teilweise kompensiert werden durch:

- Aufhebung der Kindergärten im Kleinholz und Einsparen von Miet- und Nebenkosten in der Höhe von jährlich rund Fr. 34'000.

Herleitung Entscheid des Stadtrates

Die Verwaltung und der Stadtrat hatten in diesem Geschäft zwischen pädagogischen und finanziellen Kriterien abzuwägen. Im Sinne eines sorgfältigen Umgangs mit den finanziellen Ressourcen und aufgrund des Wegfallens von Kostendeckungsbeiträgen aus Untermieten hat der Stadtrat der empfohlenen Nutzungsvarianten der Liegenschaften Hübeli und Zementweg durch die Primarschule Hübeli zugestimmt. Dies unter der Bedingung, dass die klar kalkulierbaren Kosten für die Aussenkindergärten im Kleinholz eingespart und die Gesamtkosten der anstehenden Schulraumplanung entsprechend optimiert werden.

2. Erwägungen

Aus Sicht der Direktion Bildung können die **Punkte 1 – 4** der Motion gut nachvollzogen werden.

Das im **Punkt 5** erwähnte Wegfallen einer pädagogisch wertvollen Umgebung im Falle der Aufgabe der Aussenkindergärten und Nutzung des Schulhauses Hübeli für den Zyklus 1 kann nur teilweise nachvollzogen und als Argument der Motion unterstützt werden.

Das Schulhaus Hübeli wird seit Jahren zu schulischen Zwecken mit ähnlich jungen Kindern eingesetzt. Der Schulraum wurde im Zusammenhang mit dem erwarteten Wegzug ins neue Schulhaus Kleinholz nicht mehr für eine Optimierung vorgesehen.

Aufgrund der Verschiebung der Inbetriebnahme des neuen Schulhauses um ein weiteres Jahr auf Sommer 2024 und der aktuellen Umnutzung auf eine klar definierte Altersgruppe wird jedoch diesen Sommer der Aussenraum auf die Bedürfnisse des Zyklus 1 angepasst. Die Investitionen erfolgen aufgrund des erwähnten begrenzten Nutzungszeitraums in einem moderaten Rahmen.

Dem **Punkt 6+7** bezüglich der «unzumutbaren» Schulwegsituation kann entgegengehalten werden, dass die nach kantonalen Richtlinien geltende zumutbare Distanz in keiner der aktuellen Wohnsituationen überschritten würde. Zusätzlich können nach entsprechender Einführung und temporärer Begleitung auch kleinere Kinder die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen und mit dem regelmässig verkehrenden Linienbus aus den Quartieren Kleinholz und Bornfeld direkt vor das Schulhaus Hübeli gelangen.

Punkt 8: Durch den geforderten Erhalt der Aussenkindergärten im Kleinholz ergeben sich für den Schulbetrieb der Primarschule Hübeli zusätzliche räumliche Kapazitäten. Diese können auf jeden Fall organisatorisch und pädagogisch sinnvoll genutzt werden.

Die Quartiere im Gebiet Kleinholz profitieren durch die Kindergärten klar in Sachen Attraktivität. Mitunter aus diesem Grund werden sie seit Jahren dezentral geführt.

Fazit

Mit dem entsprechenden politischen Willen und Auftrag können die Aussenkindergärten im Quartier Kleinholz bis zur Inbetriebnahme des neuen Schulhauses per Schuljahr 2024/25 weitergeführt werden.

Angesichts der vorerwähnten Darlegungen empfiehlt der Stadtrat, das Postulat im Sinne der Erwägungen erheblich zu erklären.

- - - -

Philippe Ruf: Ich habe die Motion eingereicht und möchte dies gleich vorwegnehmen, frei von Eigeninteressen. Ich wohne in diesem Quartier, wie vielleicht der Eine oder die Andere weiss. Aber ich habe selber keine Kinder und habe auch nicht vor, irgendwelche Kinder zu bekommen, die dort in einen Kindergarten gehen sollten. Deshalb darf ich hier wirklich mit gutem Gewissen sagen, ich mache dies nicht aus Eigeninteresse. Selbstverständlich nehme ich die Kindergärten im Kleinholz oben wahr. Sie sind eine Bereicherung für das Quartier, sie sind eine Bereicherung für die Familien, die dort oben wohnen. Genau um diese Familien geht es auch. Sie sind nämlich auch ganz klar mit der Erwartungshaltung dorthin gezogen, dass dort oben ein Schulhaus entsteht und auch eine korrekte Schulplanung gewährleistet sein wird, selbstverständlich inklusive Kindergärten. Das Schulprojekt kennt Ihr alle. Wir wissen, dass dies jetzt hoffentlich endlich umgesetzt wird. Aber gemäss dem neuen Beschluss, den der Stadtrat so auch gefällt hat, wäre es so, dass die Kinder vom Kleinholz oben an den Zementweg respektive bis ins Hübeli hinuntergehen müssten. Da kann man sagen, das ist für ein Primarschulkind, und das finde ich auch, das ist zumutbar, dass sie einen solchen Schulweg haben. Aber wenn wir von vier- und fünfjährigen Kindergartenkindern sprechen, können sie nicht vom Kleinholz und Bornfeld oben durch die ganze Stadt über die Strasse gehen. Bis sie nur schon am Mittag retour wären, ist die Mittagspause vorbei, geschweige denn noch essen und wieder hinuntergehen. Es würde resultieren, dass die Eltern die Kinder am Vormittag hinunterfahren, am Mittag wieder holen und das Gleiche am Nachmittag noch einmal. Sie könnten selber nicht ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen, und es wäre sicher auch nicht Sinn und Zweck, wenn dort einfach die Autos viermal täglich vorfahren und die Kinder hinunterbringen. Gleichzeitig darf man festhalten, dass hier, und ich als einer der grössten Kritiker und vor allem, wenn es um Geld ausgeben geht, der Stadtrat die kostengünstigste Variante gewählt hat. Das ist ja grundsätzlich lobenswert. Wenn man aber jetzt den Betrag anschaut, was die Kindergärten dort pro Jahr kosten, wir sprechen von diesen Fr. 34'000.—, steht dies in keinem Verhältnis, dass dort hunderte, wenn nicht gar tausende von betroffenen Personen die Kinder hinunterfahren müssten und sie in der Stadt herum transportiert werden müssten. Die Kosten stehen in keinem Verhältnis. Das hat mich dazu motiviert, diese Motion einzureichen. Es würde mich sehr freuen, wenn Ihr sie auch unterstützt. Ich denke, wir können hier eine gute Sache für das ganze Quartier, aber auch für die ganze Stadt, machen, indem wir so solch wichtige Kindergärten aufrechterhalten, dass wir die diesen Kindern ermöglichen, dass sie dort auch noch die nächsten paar Jahre in den Kindergarten gehen können und wir den Eltern und Kindern eine stabile, gute Schulraumplanung gewähren können. Danke vielmals.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Wir können uns dem Anliegen des Motionärs anschliessen. Zuerst wollten wir mit der Direktion Bildung und Sport abklären, welche Folgen die Motion dann effektiv genau haben wird. So wie sich die Sachlage präsentiert, sind die entstehenden Mehrkosten auch für uns absolut vertretbar. Gefährliche oder lange Schulwege sind ein Problem, das untrennbar mit der Schulraumplanung verbunden ist und es ist selten, dass wir für alle Kinder ideale Verhältnisse einrichten können. Trotzdem sind wir in diesem Fall froh, wenn sich daraus für die Kinder unter dem Strich bessere Kindergartenwege ergeben. Für uns war aber auch der Umstand entscheidend, dass die Lehrpersonen des Hübeli endlich wieder ein anständiges Lehrerinnen- und Lehrerzimmer erhalten würden, wenn wir jetzt ja sagen würden. Wir hoffen, dass Philippe, er hat es vorhin gerade gesagt, wir können ihn ja hier eher als Sparfuchs, sich bei anderer Gelegenheit auch einmal von uns von Mehrausgaben überzeugen lassen, wenn sie dem Wohlbefinden der Allgemeinheit zuträglich sind. Wir sind für Erheblicherklärung. Merci.

Dieter Ulrich, SP/Junge SP: Philippe hat die Gründe eigentlich schon sehr gut dargelegt. Die Fraktion SP/Junge SP unterstützt diesen Vorstoss einstimmig. Ich kann es eigentlich wiederholen. Grundsätzlich begrüssen natürlich auch wir, wenn der Stadtrat Überlegungen anstellt, wie er möglichst haushälterisch mit diesen Mitteln, die wir haben, umgeht. Aber ich denke, auch in diesem Fall ist der Betrag nicht so hoch und der Nutzen, den wir durch den Erhalt dieser Kindergärten im Kleinholz erzielen können, und ich sage jetzt auch die Verbesserung der Stimmung der Leute dort oben, ist es dies sicher wert. In diesem Sinne werden wir diesen Vorstoss einstimmig unterstützen.

Simone Sager, FdP-Fraktion: Zum vorliegenden Vorstoss muss ich etwas in die Vergangenheit zurückgehen, in den Frühling 2019. Am 30. April sind die Eltern des Bornfeldes im Kleinholz zum ersten Mal offiziell über die Situation des Kindergartens im Kleinholz informiert worden und zwar darüber, dass bei der Einschätzung, wie viele Kinder es in den einzelnen Stadtgebieten geben könnte, ein Fehler passiert ist und man ab 1. August 2019 einen Kindergartenraum für die 48 Kindergartenkinder aus dem Gebiet Bornfeld/Kleinholz zu wenig hat. Ich glaube, man hat den Fehler Ende 2018 oder Anfang 2019 bemerkt und hat ab dann versucht, Räumlichkeiten für die dritte Klasse zu finden, ohne unterschriebenen Erfolg. Beim Elterninformationsabend ist dann präsentiert worden, dass man eine Übergangslösung für die dritte Klasse hat. Man fährt die Kinder von der Stadthalle ins Sälischulhaus und wieder zurück, inklusive Stopp auf dem Rückweg bei den KITAs Schürmatt und Easy Kid Care, die sonst Abholdienste im Kindergarten Kleinholz anbieten. Man hat dann Freiwillige gesucht, die mitmachen. Im Gebiet Bornfeld hat es keine Freiwillige gegeben, obwohl die Stadt damals signalisiert hat, den Busstopp bis an die Bushaltestelle Bornfeld auszubauen. Vom Gebiet Kleinholz hat es ein paar Freiwillige gegeben, und so hat man dann eine Klasse gefüllt, damit nur Kinder aus dem Kleinholz zum Sälischulhaus gefahren werden. Zu erwähnen ist, dass die dritte Kindergartenklasse eine reduzierte Kindergartenabteilung ist, das heisst, bis maximal 15 Kinder. Der Unterschied zum Normalen ist, dass diese Kinder pro Woche zwei Lektionen weniger Unterricht haben, jeweils nur an drei Vormittagen, diejenigen, die im ersten Kindergartenjahr sind und diejenigen im zweiten fünf Vormittage. Man hat an diesem Abend erwähnt, dass man nahe an einer fixen Lösung sei, aber noch nicht kommunizieren möchte wo, weil die Vertragsverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Die Eltern haben an diesem Abend gefragt, wie sich die Situation in den nächsten zwei, drei Jahren entwickeln könnte. Die Antwort war, das Ziel sei eine nachhaltige mittelfristige Lösung für die nächsten drei Jahre respektive zwischenzeitlich vier Jahre, bis das Schulhaus eröffnet wird und eine Option für eine Verlängerung zu haben, weil es wichtig sei, eine Stabilität zu garantieren. Januar 2020. Das Provisorium Zementweg wird dem Parlament vorgelegt. Die Vorlage war umfangreich, und man hat gemerkt, dass sich die BISPO für die Vorlage ins Zeug gelegt hat. Ziel war unter anderem, den dritten Kindergarten am Zementweg zu platzieren. Der Kindergarten Kleinholz wäre aber geöffnet geblieben und der nächste Fehler passiert. Man hat mit dem Kanton nur einen Letter of intent abgeschlossen. Schon klar, weder die Stadt noch wir Parlamentarier hätten je daran gedacht, dass der Kanton diesen zurückziehen könnte. Wir haben uns alle von dieser superguten Idee mit der Zusammenarbeit blenden lassen und was die Kosten verursachen. Dabei haben wir nicht beachtet, dass ein Letter of intent eigentlich nichts ist, vor allem, wenn er zurückgezogen wird. Im Nachhinein ist man immer schlauer. Ein bindender Vorvertrag hätte wohl, vor allem aus auch finanzieller Sicht, mehr Sinn gemacht. Die Stadt war wieder gefordert, und so haben sie am 21. April eine neue mittelfristige Lösung kommuniziert. Der Kindergarten Kleinholz wird auf das Jahr 2021 schliessen, und die Kinder im ersten Primarschulzyklus, das ist Kindergarten bis und mit 2. Klasse, werden ins Hübelischulhaus kommen. Der dritte Kindergarten soll schon ab diesem Sommer ins Hübeli. Der zweite Primarschulzyklus, 3. bis 6. Klasse, wird am Zementweg platziert. Eine umgekehrte Lösung, Zyklus 1 am Zementweg und Zyklus 2 im Hübeli geht nicht, weil es am Zementweg für die Kleineren zu wenig Platz hat. Die Auflösung des Kindergartens Kleinholz ist damit begründet worden, dass man dem Parlament versprochen hat, Kosten einzusparen, wenn am Zementweg etwas nicht klappt. Daraus ist nicht unerwartet Opposition entstanden, stösst man doch erneut den Eltern des Gebietes Bornfeld/Kleinholz vor den Kopf, indem man vierjährigen Kindern mit der Schliessung einen Kindergartenweg auferlegt, der unzumutbar ist. Da rede ich nicht davon, dass er nicht sicher sein soll, dass er zu gefährlich ist. Nein, das ist es nicht. Für uns ist der Grund, dass dieser Weg von der Distanz und Dauer nicht machbar ist. Der Hinweg geht. Aber der Rückweg, wenn sie hinaufgehen müssen, wie schon erwähnt, diese Kinder sind vier. Hat der Kanton bei der erwähnten zumutbaren Distanz mitberücksichtigt, dass die Strecke nicht eben gerade ist, sondern stark hinaufgeht? Nebenbei erwähnt nimmt man von fussverkehr.ch das Faktenblatt «der zumutbare Schulweg» wäre die Distanz nicht mehr zumutbar. Ich habe es natürlich nicht unterlassen, einmal im Google-Netz zu schauen, wie weit der Weg Stadthalle-Sälischulhaus und wie weit der Weg Bornfeld-Hübelischulhaus ist. Google Map sagt bei beiden, 2'000 Meter. Wenn der Kanton sagt, die Distanz sei zumutbar, warum hat man denn heute für das Sälischulhaus

eine Buslösung? Ich denke, dafür haben der Sicherheitsaspekt für den Weg und das schlechte Gewissen gesprochen. Die Kinder mit einem öffentlichen Bus zu schicken, sehen wir nicht. Einerseits wechseln die Haltestellen immer einmal wieder, und andererseits steigen die Kinder dann auch am richtigen Ort aus, geschweige denn zurzeit nach dem Kindergarten wieder ein? Da kann schon ein Kätzchen ausreichen, das vorbeigeht, und sie verpassen den Bus. Nicht vergessen, sie sind vier, sie können weder lesen, noch können sie Zahlen im Hunderterschritt kennen. Lassen wir doch die Kinder Kinder sein. Weitere Argumente im Vorstoss, dass der Kindergarten im Kleinholz geöffnet bleiben soll, wegen fehlenden Waldes, keinem direkten Zugang zum Spielplatz mitten in der Stadt etc. sind für uns nicht unbedingt zwingend, um den Kindergarten im Hübeli nicht zu platzieren. Da müssen wir der Generation «früher ging es auch» recht geben. Jetzt sind aber, wenn wir dem Vorstoss für die Offenhaltung des Kindergartens Kleinholz zustimmen, zwei Klassen gesetzt. Die dritte Klasse wird aber dennoch im Hübeli platziert werden. Wenn es nicht in diesem Jahr ist, eventuell im nächsten Jahr. Dann kommt es immer darauf an, wie viele Kinder in den Kindergarten kommen. Deshalb möchten wir von der FdP, dass für die dritte Kindergartenklasse von der Stadt ein Busdienst, analog jetzt ins Sälischulhaus, angeboten wird, mit Abfahrt und Stopp bei der Stadthalle und wenn es dies braucht, auch einen beim Bornfeld respektive an der Sportstrasse, wenn sie definitiv im Hübeli platziert würden. Die Kosten für den Bus ins Sali waren für die fünf Monate im Jahr 2019 Fr. 4'800.--. Die Kosten werden nach effektiven Fahrten verrechnet, das heisst also, dass an Feiertagen und in den Schulferien keine Kosten anfallen. Wenn man den Schnitt dieser Fr. 4'800.— nimmt, macht dies rund Fr. 1'000.— pro Monat. Also kämen jährlich noch einmal Fr. 12'000.— dazu, Kosten, die aus unserer Sicht tragbar sind. Wir hoffen, dass man mit der Annahme des Vorstosses und der Idee, ich sage jetzt auch Antrag eines Busbetriebs, aus zwei mittelfristigen Lösungen jetzt eine definitive Lösung gefunden wird, die bis zum Bezug des neuen Schulhauses standhält und es nach der Sommerpause nicht wieder eine Vorlage im Parlament gibt, weil es wieder einen Fehler gegeben hat, der alles auf den Kopf stellt. Selbstverständlich begrüssen wir, wenn die Kosten des Busses nicht zusätzlich auf das Budget aufgerechnet werden, sondern im bestehenden Budget behalten werden. Die Fraktion wird dem Vorstoss von Philippe einstimmig zustimmen. Besten Dank.

Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Auch wir unterstützen den Vorstoss von Philippe einstimmig und können seinen Ausführungen weitgehend folgen. Einzig, dass es nur Auswirkungen haben wird, dass die Eltern dann den doch sehr fragwürdigen Schulweg oder Kindergartenweg für die Kleinsten, der es eben ist, mehrheitlich mit dem Auto zurücklegen würden. Ich denke, das ist nicht der einzige gangbare Weg. Es gibt Lösungen mit Bus. Aber auch dann wären andere Massnahmen mit Begleitungen, Umorganisationen, nötig oder irgendwie Lotsendienst. Das hätte auch wieder Kostenfolgen. Fahrdienste hätten Kostenfolgen. Es gäbe so oder so mehr Organisationsaufwand für die Schulleitungen, für die Eltern, einen grossen Mehraufwand, zusätzliche Kosten, die dann die Fr. 34'000.— sowieso noch mehr in Frage stellen. Kurzum, wir finden diesen Betrag jetzt in Relation zum anderen völlig unverhältnismässig, gerade wenn man noch andere Beträge, die man hier sonst jeweils spricht, noch anschaut. Ich finde es zwar schon auch gut, vielleicht gerade auch vor dem Hintergrund von Äusserungen von Philippe selber. Deshalb ist es möglicherweise nicht schlecht, dass es aus dieser Richtung kommt, wo die Schulraumplanung, gerade in Bezug auf die Kosten, leider nicht immer glücklich gelaufen ist, dass man nach einer Lösung geschaut hat. Aber diejenige, die man hier anstrebt, finden wir wirklich völlig schlecht und sind deshalb eigentlich jetzt umso glücklicher, doch in der Antwort des Stadtrates zu lesen, dass er auch bereit ist, mitzumachen.

Dr. Arnold Uebelhart: Entschuldigung, ich muss jetzt gleichwohl etwas fragen. Der Stadtrat schreibt von einem Postulat oder einer Motion. Wir machen jetzt eine dringliche Motion oder machen wir ein Postulat? Ich weiss es nicht. Das hat bis jetzt niemand gesagt. Auch nicht klar ist mir, da man ein Postulat ja nach einem Jahr beantworten müsste, ob jetzt umgesetzt wird, was wir fordern, und eine Motion wäre zwei Jahre. Ihr müsst mir schon noch etwas genauer sagen, worüber wir abstimmen, oder dann verstehe ich es nicht. Danke.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Der Motionär wäre mit einer Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Stadträtin Iris Schelbert: Danke vielmals für die interessanten Voten. Ihr habt gesehen, dass ihr praktisch offene Türen eingerannt habt. Wir haben nach der Absage der HPSZ, ja, wir haben dort gemeint, wir seien mit dem Letter auf intent auf der sicheren Seite. Auf einen Vorvertrag wären sie wahrscheinlich auch nicht eingegangen, weil halt plötzlich die oberste Chefin des Bauamts gekommen ist und irgendeinmal gesagt hat, niet, Punkt, fertig, schön, dass Ihr es gemacht habt, aber wir sind nicht interessiert. Wir haben dann schon auch etwas konsterniert geschaut. Nachher sind wir noch einmal auf Feld 1 gegangen. Wir haben zwei Überlegungen gemacht. Die pädagogische Überlegung ist, dass man eigentlich den Zyklus 1, das sind die zwei Kindergartenjahre, plus 1. und 2. Klasse zusammennimmt. Das ist Lehrplan 21 konform. Dann haben wir geschaut. Auf der rechten Aareseite ist dies eigentlich alles ganz gut gegangen. Das Sälischulhaus hatte unten den Kindergarten. Er ist jetzt im Sälischulhaus, weil die Oberschule weggegangen ist. Das Bifang hatte immer schon vis-à-vis ein Kindergartenschulhaus. Einzig den Kindergarten Meierhof musste man schliessen. Auch dort haben Eltern Unterschriften gesammelt. Aber es waren nicht gleiche Eltern wie im Bornfeld. Sie sind dann gescheitert. Die Kinder vom Meierhof gehen in den Sáli – oder Bifangkindergarten, was auch nicht ganz ohne ist. Sie müssen eine Hauptstrasse überqueren, und es gibt einen ordentlichen BOGG-Bus. Auf der linken Aareseite ist dies ungleich schwieriger. Das Bannfeld hat zu wenig Kindergärten. Dort sind zwei Kindergärten im Frohheim angesiedelt, auch bei einem Schulhaus. Es gibt auch dort manchmal eine Zusammenarbeit. Aber natürlich ist dies projektartige Zusammenarbeit mit der Oberstufe und niemals das, was im Zyklus 1 eigentlich passieren müsste. Wir wissen es, das Hübeli hat gar keinen Kindergarten. Das heisst, der Hübelikindergarten ist eigentlich im Kleinholz oben, und es wäre schön gewesen, wenn wir dies einmal hätten zusammennehmen können, auch damit die Lehrpersonen einmal mehr in einem Team gewesen wären. Aber wir können tatsächlich mit beidem leben. Die finanziellen Überlegungen: Wir möchten gerne verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgehen. Klar, es geht nur um Fr. 34'000.—. Wir hatten hier schon wegen weniger Geld Weltsaufstände. Wir hatten schon wegen mehr Geld keine Aufstände. Gestern kurz 3 Millionen, die neu ins Budget kommen, ja, kein Problem. Man soll nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Wir haben unsere Aufgaben gemacht und fanden nachher, gut, dann nehmen wir den ersten Zyklus 1 ins Hübeli. Was ich ganz sicher weiss, wirklich 100-prozentig, das neue Schulhaus steht im Kleinholz oben am absoluten richtigen Ort. Das ist einmal die Erkenntnis, noch einmal eine Bestätigung. Nachher müssen wir uns ja nicht unbeliebter machen, als wir sonst schon sind. Wenn 280 Eltern unterschreiben und alle Fraktionen eigentlich dafür sind, können wir damit leben, wenn Ihr uns die Fr. 34'000.— pro Jahr zugesteht, dass wir dort oben, bis das Schulhaus eröffnet wird, diesen Kindergarten noch führen werden. Das Hübeli ist dann eher der Kindergarten für den Hausmattrain, vorderer und hinterer Steinacker. Diese Kinder gehen dann eher ins Hübeli in den Kindergarten, und die anderen bleiben oben. Wir haben dort halt auch nur zwei Kindergärten. Wir hätten gerne einen dritten gehabt. Das wollte uns die Genossenschaft mit weil, unter Absingen wüstester Lieder nicht geben. Deshalb können wir ganz sicher so leben, wenn Ihr uns die Fr. 34'000.— gebt, und dann freuen wir uns auf das neue Schulhaus, bei dem es hoffentlich dann zügig vorwärts geht. Zum Schluss einfach noch dies: Das muss ich als alte Lehrerin einfach noch sagen. Der Schulweg ist immer, ob es ein Kindergartenweg oder ein Schulweg ist, eine lustvolle Lernstrecke am Laufmeter, mit Betonung auf Laufmeter, wenn man dies den Kindern auch zutraut, wenn man sie auf diesen Schulweg auch einführt und ihnen zeigt. Plötzlich suchen sie eigene Wege. Aber es ist wirklich eine tolle Lernstrecke am Laufmeter. Das wollen wir den Kindern nicht nehmen. Wir wollen nämlich auch nicht, dass sie mit den Eltern-Taxis ins Schulhaus geführt werden. Das wäre das Doofste, das wir wollten. Wir übernehmen das Postulat gerne, und ich kann Euch sagen, wir haben Mietkündigungsfristerstreckung bis Ende September 2020. Ihr müsst nicht lange auf die Antwort dieses Postulats warten, weder ein Jahr, noch zwei Jahre, noch überhaupt. Wir werden dies das nächste Mal bringen. Wir wollen nämlich auch auf Ende September 2020 künden können, damit wir in einem Jahr rauskommen. Merci vielmals.

Beschluss

Einstimmig wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktionsleiter entsprechende Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Juni 2020

Prot.-Nr. 59

Dringliche Interpellation Christine von Arx (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Badipreise/Beantwortung

Zuhanden der Gemeinderatssitzung vom 24. Juni 2020 haben Christine von Arx (SP), Heidi Ehrsam (CVP) und Eugen Kiener (SP) eine dringliche Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Am 6. Juni 2020 hat die Badi mit einem Corona-Schutzkonzept und veränderten Eintrittspreisen eröffnet. Als bedeutende Änderung wurden die Abonnemente abgeschafft und die Einzeleintritte halbiert. Zusätzlich wurde die Aufenthaltsdauer auf 4 Stunden begrenzt. Durch diese Änderungen werden die Besitzer/innen eines Abonnements erheblich benachteiligt, müssen sie doch jetzt täglich einen Einzeleintritt lösen. Dies kann zu Mehrkosten von über Fr. 200.00 führen.

Bei einem Vergleich mit anderen Freibädern (Solothurn, Aarau, Liestal, Basel, Zürich) ist festzustellen, dass diese nach wie vor Abonnemente zu geänderten Corona-Bedingungen (Preisreduktion) verkaufen, wobei jeweils festgehalten wird, dass durch ein Abonnement nicht automatisch Zutritt gewährt wird (keine Umgehung der Höchstzahl) oder man nicht die Warteschlange umgehen kann.

Aufgrund des Schutzkonzepts haben sich verschiedene Einschränkungen ergeben:

- Beschränkung der Aufenthaltsdauer
- Erschwerter/Verhinderter Zugang zur Aare (Drehkreuz geschlossen)
- Verminderte Kapazität im Becken
- Neues Regime im Becken, dass das Längenschwimmen erschwert.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. *Wie ist das Schutzkonzept zustande gekommen? Welches sind die Gründe für die gewählte Lösung? Welche Alternativen wurden geprüft und aus welchen Gründen wurden diese verworfen?*
2. *Wie rechtfertigt der Stadtrat im Hinblick auf vergleichbare Bäder und dem reduzierten Angebot die Abschaffung der Abonnemente?*
3. *Welchen Stellenwert misst der Stadtrat den «Sportschwimmer/-innen» (tägliche Badibesucher/-innen) im Gegensatz zu den nur sporadischen Badibenutzer/-innen, die eine erhebliche Preisreduktion erhalten, zu?*
4. *Ist sich der Stadtrat bewusst, dass es einem Teil der regelmässigen BadibesucherInnen aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich ist, die Badi regelmässig zu besuchen und ihren Sport auszuüben?*
5. *Weshalb wurde die Reduktion der Kulturlegi abgeschafft?*

6. Ist der Stadtrat bereit, seine Preispolitik noch einmal zu überdenken und Abonnemente einzuführen? Wenn nein, weshalb nicht?

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zur Beantwortung der einzelnen Fragen:

Zu Frage 1:

Wie ist das Schutzkonzept zustande gekommen? Welches sind die Gründe für die gewählte Lösung? Welche Alternativen wurden geprüft und aus welchen Gründen wurden diese verworfen?

Der Verband der Badbetreiber hat einen Vorschlag gemacht, welchen er mit dem Bund besprochen hat und danach den Badbetreibern zur Verfügung gestellt hat. Vieles wurde daraus allgemein übernommen, Einzelnes hat jedes Bad für sich entschieden. Eine Absprache mit anderen Bädern hat nicht stattgefunden weil jedes Bad seine spezifischen Eigenheiten (z. B. Wasser- und Liegefläche) hat.

Zu Frage 2:

Wie rechtfertigt der Stadtrat im Hinblick auf vergleichbare Bäder und dem reduzierten Angebot die Abschaffung der Abonnemente?

Es wurde bewusst ein einfaches System gewählt, welches der Kassencounter auch verwalten kann und das Schutzkonzept unterstützt. Abonnemente wurden nicht vorgesehen mit dem Hintergrund, dass wer bezahlt hat auch ins Bad eingelassen werden möchte. Da die Beschränkungen vorhanden sind, kann eine Person mit Abonnement wenn die Grenze erreicht ist, nicht eingelassen werden.

Zu Frage 3:

Welchen Stellenwert misst der Stadtrat den «Sportschwimmer/-innen» (tägliche Badibesucher/-innen) im Gegensatz zu den nur sporadischen Badibenutzer/-innen, die eine erhebliche Preisreduktion erhalten, zu?

Bezüglich der Eintritte gibt es in der ausserordentlichen Zeit keine unterschiedlichen Badegäste.

Zu Frage 4:

Ist sich der Stadtrat bewusst, dass es einem Teil der regelmässigen BadibesucherInnen aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich ist, die Badi regelmässig zu besuchen und ihren Sport auszuüben?

Der Eintritt in die Badi ist im Vergleich zu vergleichbaren Angeboten wie z. B. ein Fitnessstudio, eine sehr günstige Möglichkeit gesund und fit zu bleiben. Der Grossteil der Kosten pro Eintritt übernehmen andere Steuerzahlende.

Zu Frage 5:

Weshalb wurde die Reduktion der Kulturlegi abgeschafft?

Die Reduktion wurde nicht abgeschafft. Während der besonderen Lage galt es ein einfaches System umzusetzen. Sobald das reguläre System wieder eingeführt wird, gibt es auch die Kulturlegi wieder.

Zu Frage 6:

Ist der Stadtrat bereit, seine Preispolitik noch einmal zu überdenken und Abonnemente einzuführen? Wenn nein, weshalb nicht?

Aufgrund der aktuellen Lageentwicklung ist es die Absicht per 1.7.2020 wieder auf die regulären Eintrittspreise abzustellen und ein vergünstigtes Saisonabonnement abzugeben.

- - - -

Dr. Christine von Arx: Man muss nichts begründen. Es ist ja nur eine Interpellation. Schwimmen ist ein kostengünstiger Volkssport für Jung und Alt. Das muss man auch in schwierigen Zeiten, wie wir sie jetzt haben, unterstützen. Die vom Stadtrat gewählte Preisstrategie zeigt, dass er dieser Frage zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. Es wäre nämlich die Aufgabe des Staates, etwas für die Volksgesundheit zu tun. Gerade die Oltner Vielschwimmerinnen und Vielschwimmer, die immerhin 660 Abonentinnen oder Abonnenten sind, fahren bei der gewählten Lösung im Vergleich zu Auswärtigen massiv schlechter gefahren und dies, obwohl ja die Oltnerinnen und Oltner hier Steuern zahlen. Die hohe Zahl Abonnemente, welche die Leute haben, das sind die 660 Erwachsenen und rund 630 Jugendliche, sorgen für eine hohe Grundaustlastung der Badi, auch wenn das Wetter nicht so gut ist. Die Einnahmen aus diesen Abos sind rund ein Drittel der Gesamteinnahmen, welche die Badi hat. Deshalb sind diese Abonnenten nicht eine vernachlässigbare Grösse und verdienen, beachtet zu werden. Wenn wir jetzt die Antworten der Interpellation angehen, muss man dazu sagen, dass es auf Frage 1 keine Antwort gegeben hat, weil nicht mögliche Alternativen aufgezeigt wurden, die man geprüft hat. Also müssen wir davon ausgehen, dass man nichts Anderes geprüft hat. Bei Frage 2 wäre zum Beispiel eine Lösung gewesen, dass man das Abo an der Kasse abgeben und in einen Einzeleintritt umtauschen muss. Dann hätte man wieder der gleichen Regel unterstanden wie die anderen Leute, die normal Eintritt bezahlt hätten. Das Risiko, das besteht, wenn man ein Abonnement hat, dass man je nachdem in die Badi gehen kann, trägt jeder selber. In anderen Bädern ist dies so klar signalisiert worden. Im Übrigen hätte sich ein Abonnement bis jetzt eigentlich schon gelohnt, und es hatte immer genügend Platz in der Badi. Zu Frage 3: Offensichtlich misst der Stadtrat dem Volkssport Schwimmen keine besonders grosse Bedeutung zu, was schade ist. Zu Frage 4: Es geht nicht um einen Vergleich mit anderen Sportarten. Es gibt eben Leute, die wählen das Schwimmen, weil es eine günstige Lösung ist. Mit der gewählten Lösung werden die Oltnerinnen und Oltner benachteiligt. Die Mehrausgaben für Auswärtige wären Fr. 120.— gewesen, für die Einheimischen Fr. 200.— und für Leute mit einer Kulturlegi sogar Fr. 280.—. Zu Frage 5: weshalb das System mit Abonnement «verkompliziert» werde, ist nicht nachvollziehbar. Es steht auch fest, dass mit der gewählten Preisgestaltung die Leute mit einer Kulturlegi als einzige keinen Preisnachlass erhalten haben und dies, obwohl sie sich, wie alle anderen auch einschränken mussten. Zu Frage 6: Es ist löblich, dass diese Abonnemente jetzt wieder eingeführt werden. Die Einführung der regulären Preise sind aber nur verhältnismässig, wenn die regulären Modalitäten wieder gelten, insbesondere wenn die vier Stunden wegfallen. Ich habe gehört, sie fallen wieder weg. Zusammenfassend: Das System, das der Stadtrat mit den Eintrittspreisen, war nicht durchdacht und hat regelmässige Badibesucherinnen und –besucher aus der Stadt Olten massiv benachteiligt. Zweitens: Wir sind von den Antworten nicht befriedigt. Sie sind nur sehr oberflächlich ausgefallen, und wir haben den Eindruck gewonnen, dass der Stadtrat die Anliegen der regelmässigen

Badibesucherinnen und –besucher nicht genügend berücksichtigt hat und die regelmässigen Nutzerinnen und Nutzer der Badi leider nicht sehr ernst genommen werden.

Luc Nünlist: Ich rede für eine Minderheit in der Fraktion oder für mich selber, dass man die Badipreise noch einmal einordnet. Dazu kann man noch sagen, dass uns die Badi Geld kostet. Aus meiner Sicht ist dies ein Service public, und ich möchte mich eigentlich dagegen aussprechen, dass wir vom Grundsatz ausgehen, dass wir die Badi gewinnorientiert oder auch kostendeckend führen müssen. Das ist sie nämlich nie und kein Freibad in der Schweiz. Wir erinnern uns, dass wir im Zug der Sparmassnahmen die Zitrone ausgepresst haben, wo es geht und soweit es geht. Mit ein wenig Distanz ist es auch lohnenswert, wieder zurückzuschauen und sich zu überlegen, welches Angebot wir unseren Bürgern darlegen möchten und wie viel Umverteilung sie uns wert ist. Es ist so etwas salopp gesagt. Aber die Badi kostet uns etwa 2 Steuerprozent, ungefähr anderthalb nehmen wir wieder ein. Es ist also ein Angebot, das uns 0,5 % kostet. Vielleicht ist dies ein Ausblick, dass wir uns auch wieder einmal überlegen, ob wir dort etwas Saft in die Zitrone zurückgeben können, diese Preise wieder etwas senken oder in eine andere Richtung gehen könnten, wenn wir ja doch erhebliche Rechnungsüberschüsse auszuweisen haben.

Mitteilung an
Direktion Bau, Kurt Schneider
Direktion Bau, Urs Kissling
Direktion Bau, Markus Lack
Stadtkanzlei, Vorstossliste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Juni 2020

Prot.-Nr. 60

Volksauftrag (Vorschlag gem. Art. 16 GO) für mehr Begegnung im Sälquartier/Beantwortung

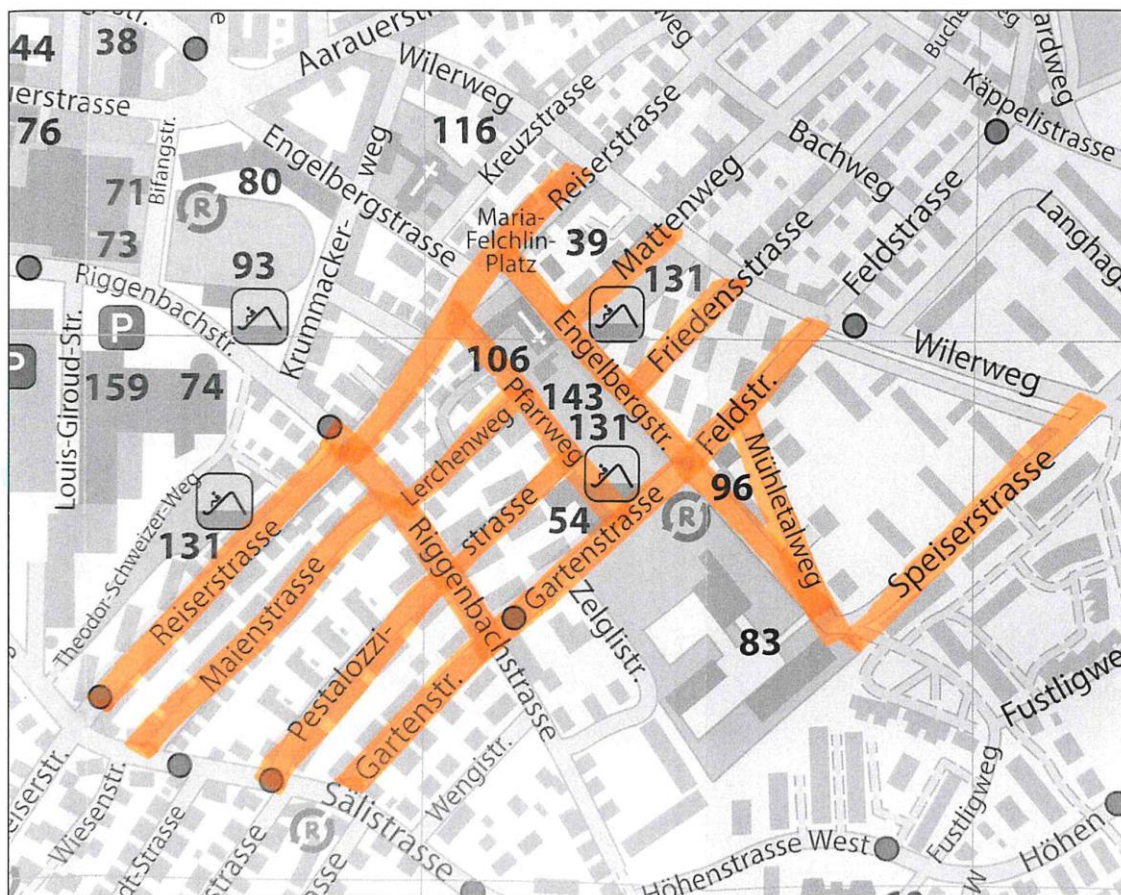
Am 29. Januar 2020 haben die Erstunterzeichnenden Erich Bächler, Erich Dettling, Marianne Klaus und Eva Künzler den folgenden Volksauftrag (Vorschlag gem. Art. 16 GO) eingereicht:

«Die Stadt Olten führt in den Wohnquartieren der rechten Aareseite im durch folgende Strassen begrenzten Perimeter Begegnungszonen mit Tempo 20 ein: Sälstrasse (exklusive) zwischen Reiser- und Gartenstrasse - Gartenstrasse (inklusive) - Engelbergstrasse (inklusive) südlich der Gartenstrasse – Speiserstrasse (inklusive) – Wilerweg (exklusive) zwischen Speiser- und Reiserstrasse – Reiserstrasse (inklusive) zwischen Wilerweg und Sälstrasse. Die Begegnungszone umfasst auch sämtliche Strassen innerhalb dieses Perimeters. Die bestehenden Zufahrtsbeschränkungen bleiben erhalten.

Begründung:

- Die Quartiere auf der rechten Aareseite, eigentlich attraktive Wohnanlagen, sind stark von legalem und illegalem Durchfahrtsverkehr belastet. Viele Quartierstrassen dienen als Schulwege.
- Die bisher ergriffenen Massnahmen zum Schutz der Wohnquartiere haben nicht die erwünschte Wirkung gezeigt.
- Mit der Einführung von Begegnungszonen erhalten die Fussgänger generell Vortritt gegenüber dem übrigen Verkehr. Dieser wichtige Wechsel des Vortrittsrechtes und die Geschwindigkeitsreduktion auf 20 km/h erhöhen die Sicherheit für den Langsamverkehr, steigern die Attraktivität der Wohnquartiere und machen die Querung des Quartiers für den motorisierten Verkehr deutlich weniger attraktiv.
- Die Einführung von Begegnungszonen trifft direkte Anwohner, Bewohner des Quartiers an anderen Lagen und Bewohner benachbarter Quartiere gleichwertig und stellt daher keine Diskriminierung einzelner Bewohner*innen dar.
- Die Bedingungen für die Errichtung von Begegnungszonen sind in der Verordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen vom 28. September 2001 (Stand am 1. Januar 2002) geregelt. Die Bedingungen sind bei den geforderten Begegnungszonen erfüllbar.»

Kartenausschnitt Olten, rechte Aareseite



Begegnungszone Tempo 20: Orange markierte Strassenabschnitte

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Baudirektor Thomas Marbet** den Vorschlag wie folgt:

Massnahmen zur Verkehrsberuhigung und Temporeduktion haben eine lange Tradition in Olten. Sie dienen dem Schutz der Wohnquartiere vor Fremdverkehr, der Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Steigerung der Wohnumfeldqualität in den Quartieren. Basierend auf dem Beschluss des Gemeindeparlaments vom 27. Mai 2004 sind die Wohnquartiere der Stadt Olten einheitlich der Tempo 30-Zone zugeordnet. Allein die Zentrumsgebiete Innenstadt und Bahnhof Ost sind der Begegnungszone zugewiesen.

Um das Quartier noch besser vor dem Durchgangsverkehr zu schützen, genehmigte das Gemeindeparlament am 26. Januar 2006 das geltende Regime mit Zufahrtsbeschränkungen und teilweisem Einbahnsystem im Fustlig-Wilerfeld. Dem Entscheid wurden verschiedene Varianten zugrunde gelegt, unter anderem auch die Idee einer «Verkehrsscheide» auf Höhe Wilerweg zur Unterbindung der gegenseitigen Durchfahrtsrechte beidseits des Wilerweges. Das gewählte Regime ist mit Urteil des Verwaltungsgerichts vom 8. Dezember 2006 rechtskräftig geworden.

Die Angst vor steigendem Durchgangsverkehr oder die Unzufriedenheit mit der Verkehrssituation hat Teile der Bevölkerung seither weiterbeschäftigt, sei es aus Anlass der Eröffnung ERO im April 2013 oder im Kontext des Projekts Sälipark. Im Rahmen des «Projet Urbain Olten Ost» wurden die Verkehrssituation, der Fremdverkehrsanteil und der ERO-Einfluss detailliert untersucht und ein neuer Ansatz für eine «Verkehrsscheide Engelbergstrasse» zur Diskussion gestellt, aber aufgrund der überwiegend negativen Reaktionen im Quartier nicht weiterverfolgt.

Aus Anlass der Petition «Durchsetzung des Verkehrsregimes im Wilerfeld» setzte sich der Stadtrat im Frühling 2019 erneut mit der Thematik auseinander, wobei er in der Petitionsantwort vom 16. April 2019 zum Schluss kam, dass die vielzitierte Verkehrsscheide ein (zu) massiver Eingriff darstelle, der insbesondere auch die Bewohnerinnen und Bewohner des gesamten Quartiers sehr stark einschränken würde und daher nicht auf mehrheitliche Akzeptanz stossen dürfte.

Gemäss dem Vorschlag für mehr Begegnung im Säliquartier soll ein grosser Quartierteil von der Reiserstrasse bis zur Speiserstrasse der Begegnungszone zugewiesen werden. Dabei stellt sich die Frage nach den effektiven Bedürfnissen und Zielen der Initianten, der betroffenen Quartierbevölkerung und der Stadtbevölkerung. Im Vorschlag werden zu den Bedürfnissen und Zielen keine Angaben gemacht, es soll unmittelbar eine Massnahme beauftragt werden.

Die Einführung von Begegnungszonen ist in Wohnquartieren grundsätzlich möglich. Die Umwandlung einer Tempo 30-Zone in eine Begegnungszone ist aber keine verkehrsberuhigende Massnahme, weil bereits die Tempo 30-Zone nach dem Gesetz und in der Praxis eine temporeduzierte, verkehrsberuhigte Zone ist. Die Massnahme ist nicht geeignet für eine Reduktion der Verkehrsmengen oder des Anteils Fremdverkehr.

Zu beachten sind auch die Verkehrsfunktionen. Strassen dienen vorab der Erschliessung von Orten. Andere Funktionen wie Aufenthalt, Spiel, Beschattung oder Gestaltung sind zweitrangig. Die Riggerbachstrasse, Gartenstrasse und Feldstrasse sind Sammelstrassen. Hier und auf der Reiserstrasse verkehren Buslinien. Sammelstrassen und ÖV-Routen sind mit Begegnungszonen schlecht vereinbar. Die Begegnungszone kann in den Wohnquartieren in reinen Erschliessungsstrassen ohne Verbindungsfunktion zum Einsatz kommen.

Die Umwandlung in eine Begegnungszone setzt bauliche Massnahmen voraus. Mehr Begegnung im Quartier kann eine Strasse vorab nur dann ermöglichen, wenn sie entsprechend umgestaltet wurde, durch eine bessere Zonierung und Verteilung von Nutzflächen, durch mehr Grün, ein besseres und vielseitigeres Stadtmobiliar, etc., d.h. indem die Strasse mehr oder weniger vollständig baulich umgestaltet wird. Dabei sind die Sanierungszyklen des Strassenbaus zu beachten. Das Gros der im Perimeter liegenden Strassen wurde in den vergangenen Jahren saniert, wenige Abschnitte sind noch in Bau. Der erforderliche Umbau der Strasse infolge der Zonenänderung würde hier zwangsläufig zu Wertvernichtungen führen. Noch offen sind die Reiserstrasse, Maienstrasse und Engelbergstrasse. Bei diesen Strassenzügen steht in den nächsten Jahren eine Erneuerung an.

Die Erfahrung zeigt, dass ausgewogene und akzeptierte Verkehrslösungen am ehesten zustande kommen, wenn alle Interessen und Bedürfnisse erhoben, ausgewogen behandelt und die Entscheide gut begründet werden. Der Stadtrat ist bereit, einen partizipativen Prozess unter Einbezug der Quartierbevölkerung und weiteren Kreisen durchzuführen, um den «gordischen Knoten» zu lösen und zu konsensfähigen Lösungen für die offenen Fragen zu gelangen.

Die Kosten für die Partizipation liegen prozessabhängig bei ca. 40'000 CHF. Die Finanzierung kann über die Laufende Rechnung, Konto Nr. 7900.3132.00 Honorare ex. Berater, erfolgen.

Aufgrund der Erwägungen empfiehlt der Stadtrat, den Vorschlag als erheblich zu erklären.

- - - -

Erich Bächler: Ich bin zwar im Schwarzbubenland zur Welt gekommen, aber wie Ihr hört, nicht wirklich im Kanton Solothurn aufgewachsen. Weil wahrscheinlich ausser Herrn Wey die meisten mit meinem Dialekt etwas Mühe, halte ich meinen Vortrag auf Hochdeutsch. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe von Quartierbewohnerinnen und –bewohner der rechten Stadtseite. Was uns zusammengebracht hat, ist der Ärger über den ständig wachsenden Durchgangsverkehr auf unseren Quartierstrassen und das Unverständnis über die Untätigkeit von Politik und Behörden in dieser Sache. Im Namen dieser Gruppe vertrete ich hier unseren Volksauftrag und werde begründen, warum wir eine Tempo-20-Zone zwischen der Sälistrasse und dem Wilerweg fordern. 4'875 Autos verkehren auf der Kreuzung Sälistrasse/Reiserstrasse an einem durchschnittlichen Wochentag. 1'000 Fahrten pro Wochentag sind es auf der Reiserstrasse im Bereich der Einbahnstrasse. Eine vergleichbare Quartierstrasse, welche nicht vom Durchgangsverkehr belastet ist, hat rund sechsmal weniger Verkehr. Das sind nicht irgendwelche diffusen Ängste. Das sind Tatsachen. Sie können sie in der städtischen Verkehrszählung von 2015 nachlesen. Was wäre wohl los, wenn eine solche Verkehrslawine durch den Schöngrund rollen würde? 1'000 Fahrten durch die idyllische Untergrundstrasse. Man muss wohl kein Prophet sein. Hätten wir solche Zustände im Schöngrund, dann wären längst harte Massnahmen gegen den Verkehr umgesetzt worden. Im Fustlig-, Bifang- und Wilerfeldquartier sind nicht mehr Autos pro Person registriert als in anderen Quartieren. Wir fahren auch nicht mehr Auto als die Bewohner des Schöngrunds. Der einzige Grund für diese Verkehrslawine ist der, dass die Stadt beschlossen hat, einen Bypass zum überlasteten Kantonsstrassennetz von der Aarburger- zur Aarauerstrasse offen zu lassen. Dieser Bypass hat bei uns sogar schon einen inoffiziellen Namen, Quartierautobahn. Es ist unbestritten, auch vom Stadtrat, dass die einzige Massnahme, welches das Problem nachhaltig lösen würde, die Schliessung der Quartierautobahn mit baulichen Massnahmen ist. Stichwort Verkehrsscheide. Leider gewichtet der Stadtrat die Ansprüche der Schleichfahrerinnen und Schleichfahrer nach wie vor höher als die Sicherheit und Lebensqualität in unseren Quartieren, weshalb die Quartierautobahn immer noch offen ist. So lange sich daran nichts ändert, möchten wir besser vor der Verkehrsbelastung und deren negativen Auswirkungen geschützt werden. Dies ist der Grund für unseren Volksauftrag, welcher eine Tempo-20-Zone zwischen der Sälistrasse und dem Wilerweg fordert. Eine Tempo-20-Zone bietet den Bewohnerinnen und Bewohnern, insbesondere den Kindern, mehr Schutz, weil langsamer gefahren wird und weil die Fussgängerinnen und Fussgänger gegenüber dem Strassenverkehr überall das Vortrittsrecht erhalten. Durch die übermässige Verkehrsbelastung werden unsere Quartiere abgewertet. Sie verlieren an Wohn- und Aufenthaltsqualität. Eine Tempo-20-Zone kann diesen negativen Auswirkungen des Verkehrs wenigstens etwas abmildern, und last but not least erhoffen wir uns natürlich auch weniger Durchgangsverkehr, da eine Tempo-20-Zone die Querung des Quartiers für den motorisierten Verkehr noch unattraktiver macht. Dies funktioniert aber nur dann, wenn die Tempo-20-Zone das ganze betroffene Gebiet abdeckt. Werden nur einzelne Strassen in Tempo-20-Zonen umgewandelt, so führt das lediglich zu einer Verlagerung des Verkehrs innerhalb des Quartiers und endet in einem ungerechten und unwürdigen Schwarz-Peter-Spiel zwischen den Anwohnerinnen und Anwohnern der einzelnen Quartierstrassen. Es ist klar, dass die Massnahme der Tempo-20-Zone nicht nur Vorteile hat. Eine Lösung, die alle glücklich macht, gibt es leider nicht. Die Nachteile sind aber gegenüber den Vorteilen aus unserer Sicht verkraftbar. Die Umsetzung unseres Volksauftrags schränkt niemanden in seiner Bewegungsfreiheit ein. Jeder, der dazu berechtigt ist, kann auch weiterhin alle Quartierstrassen befahren. Der objektiv gesehen einzige Nachteil der Massnahme ist ein kleiner Zeitverlust. Mehr nicht. Wir sind daher überzeugt, dass eine Tempo-20-Zone ein sinnvoller Kompromiss ist zwischen den Ansprüchen der Autofahrenden und dem Bedürfnis der Menschen nach mehr Sicherheit und

Wohnqualität. Der Stadtrat sieht Probleme bei der Umsetzung der Tempo-20-Zone. Dazu möchte ich nur Folgendes sagen: Alles, was der Stadtrat an unserem Vorschlag kritisiert, hat er in der Innenstadt und an anderen Orten bereits umgesetzt. Von Buslinien in Tempo-20-Zonen über Sammelstrassen in Tempo-20-Zonen bis hin zur Umsetzung von Tempo-20-Zonen mit zwei Verkehrsschildern und ein paar Kübeln Farbe. Warum soll bei uns nicht möglich sein, was an anderen Orten längst Tatsache ist? Wir sind uns bewusst, dass es auch Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohner gibt, die kein Verständnis für unsere Anliegen haben. Es sind vorab jene, die abseits der Durchfahrtsrouten wohnen. Sie denken, verkehrsberuhigte Quartierstrassen hätten für sie nur Nachteile, weil sie selber nicht davon profitieren und nur den Nachteil des Zeitverlusts haben. Frei nach dem Motto «Vor meinem eigenen Haus will ich Ruhe, vor dem meines Nachbarn freie Fahrt». Diese Haltung ist nicht nur zutiefst egoistisch, sondern auch äusserst kurzsichtig. Niemand, dem das Wohlergehen unserer Stadt am Herzen liegt, kann ein Interesse haben an Quartieren, die durch eine übermässige Verkehrsbelastung abgewertet werden. Ich glaube, ich muss niemandem erklären, dass stark befahrene Quartierstrassen nicht wirklich ein Trumpf im Standortwettbewerb sind. Während andere Städte immer attraktiver werden, weil Quartiere vom Durchgangsverkehr befreit und der Langsamverkehr gefördert wird, verteidigt in Olten der Stadtrat mit allen Mitteln eine Autobahn quer durch drei Quartiere. Meine Damen und Herren, wer meint, man könne im Standortwettbewerb mit Verkehrslawinen durch Quartiere punkten, der irrt sich gewaltig. Clevere Pendler leben lieber ruhig. In seiner Botschaft an das Parlament schlägt uns der Stadtrat statt der konkreten Umsetzung einen partizipativen Prozess vor. Mitwirkungsprozesse sind zweifellos eine gute Sache. Sie bringen aber nur dann etwas, wenn seitens der Stadt auch eine minimale Bereitschaft vorhanden ist, auf die Anliegen der Mitwirkenden einzugehen. Ist dies nicht der Fall, verkommt ein partizipatives Verfahren zur reinen Alibiübung. Mitwirkungsprozesse zum Thema Umwegverkehr haben bereits stattgefunden, einmal im Rahmen des Projektes Olten Ost und dann teilweise auch im Projekt des Säliparks 2020. Bei Olten Ost wurde zwar diskutiert. Es wurden Ideen gesammelt und Berichte geschrieben. Aber als es an die konkrete Umsetzung ging, wurde das Thema einfach totgeschwiegen. Ich war selber an den meisten der Veranstaltungen des Projekts Olten Ost dabei. Am Ende wurde die Verkehrsproblematik einfach nicht mehr traktandiert, und der Übungsabbruch wurde damit begründet, dass für konkrete Umsetzungsmassnahmen die Akzeptanz in der Bevölkerung fehlen würde. Ob diese Einschätzung auf irgendwelchen objektiven Kriterien basierte, hat der Stadtrat nie offengelegt. Das Projekt Sälipark 2020 wird die Verkehrssituation in unseren Quartieren weiter verschärfen. Aus diesem Grund wurde in einem entsprechenden Mitwirkungsverfahren in fast allen der 29 Eingaben auch die Verkehrssituation kritisiert. Diese Einwände wurden vom Stadtrat ausnahmslos abgewiesen. Im anschliessenden Einspracheverfahren wurde ebenfalls alles abgeschmettert. Vielleicht können Sie jetzt nachvollziehen, warum wir wenig Vertrauen in den Stadtrat haben, dass ein weiteres, das nunmehr dritte Mitwirkungsverfahren zum Thema an der Situation etwas ändern wird. Ich möchte noch etwas Grundsätzliches zum Thema Mehrheiten und Minderheiten loswerden. Der Stadtrat hat griffige Massnahmen bisher immer auch aufgrund der überwiegend negativen Reaktionen im Quartier oder weil sie leider nicht mehrheitsfähig sind, abgelehnt. Ist denn die Sache wirklich so einfach? Ist es legitim, dass eine Minderheit die ganze Verkehrslawine über sich ergehen lassen muss, nur, weil eine Mehrheit nicht will, dass ihre eigene automobiler Freiheit geringfügig durch einen kleinen Zeitverlust eingeschränkt wird, frei nach dem Motto «Wir haben unsere Sicherheit und Wohnqualität schon, ihr seid mit demselben Wunsch leider in der Minderheit, Pech gehabt, Ihr könnt ja wegziehen, wenn es Euch nicht passt», ist dies die Art und Weise, wie man in Olten mit verkehrsgeplagten Minderheiten umgeht? Ich hoffe nicht. Im Übrigen gibt es durchaus auch Mehrheitsentscheide, die ein Handeln rechtfertigen würden. Auf dem Internetauftritt des Projekts ERO war unter dem Punkt Verkehrsmanagement und Umgestaltungsmassnahmen für Olten folgende Massnahme vorgesehen: Ich zitiere. «Massnahmen zur Unterbindung des Ausweichverkehrs in den Quartieren: Über die ERO gab es eine Volksabstimmung. Sie wurde gutgeheissen. Umgesetzt wurden die entsprechenden Massnahmen trotzdem nicht. Warum beruft sich der Stadtrat nicht zur Abwechslung einmal auf diese Mehrheit»? Zum Schluss möchte ich Ihnen noch etwas aus der Broschüre, die Sie sicher kennen, vorlesen. Es ist das Leitbild der Stadt Olten. Das Leitbild der Stadt Olten basiert, Sie wissen oder

ahnen es vielleicht, auf einem partizipativen Verfahren. Dieses wurde 2006 unter dem damals visionären Titel Olten 2020 durchgeführt. Die Oltnen Bevölkerung hat sich darin auch dazu geäußert, von welchen Wohnquartieren sie träumt. Ich zitiere: «Durchgrünzte, mit Zufahrtsbeschränkungen und Temporeduktionen, familienfreundlich beruhigte Wohnquartiere». Den Wunsch nach einer Quartierautobahn habe ich hier drin vergeblich gesucht. Meine Damen und Herren, als Alternative zu weiteren Mitwirkungsverfahren könnte man ja auch einfach mal damit beginnen, die Resultate der bereits abgeschlossenen umzusetzen, hier und jetzt. Ich danke Ihnen.

Es folgt Applaus.

Stadtrat Thomas Marbet: Der Stadtrat beantragt Euch, die Bedenken und auch die Ängste ernst zu nehmen und empfiehlt, diesen Vorschlag erheblich zu erklären. Ich werde mich vielleicht nach den Voten noch im Detail dazu äussern. Ich möchte verzichten, den Bericht und Antrag aufzuführen. Ich kann Euch versichern, dass ich auch in diesem Quartier wohne. Natürlich bin ich auch jeden Tag zu Fuss, mit dem Velo, mit dem Bus, aber auch mit dem Auto unterwegs, und ich kann Euch versichern, dass ich mich auch über die Durchfahrer aufrege, die dieses Quartier mit Verkehr belästigen, welche die Motoren aufheulen lassen. Das ist auch mir als Anwohner und uns als Anwohnerin ein Anliegen. Deshalb hat der Stadtrat auch vorgeschlagen, dass man die Volksmotion erheblich erklärt und gemeinsam Lösungen sucht, in einem Prozess, wie wir es hier beschrieben haben, vorschlagen. Für den Moment möchte ich dieses Votum kurzhalten.

Heinz Eng: Wir haben es gehört, Herr Bächler, herzlichen Dank für das Statement. Die FdP-Fraktion ist mit Euch. Wir sehen es zwar etwas anders, und ich werde mich jetzt entsprechend erklären. Mehr Begegnung im Sälquartier heisst es. Wir sagen eigentlich weniger motorisierter, illegaler und legaler Verkehr im Sälquartier. Ich bin, wie Stadtrat Thomas Marbet, auch Einwohner dieses Quartiers, seit Kindheit. All die betreffenden Strassen und Plätze usw. sind mir wohl bekannt. Ich marschiere, gehe durch dieses Quartier, ich fahre Velo, ich fahre Töff, Auto und Bus. Als wir Kinder waren, haben wir genau in diesem Perimeter, der jetzt hier besprochen wird, Reiserstrasse, Pestalozzistrasse, Maienstrasse, gespielt. Das ist ja eigentlich auch der Sinn und Zweck dieser Begegnungszonen, so wie es jetzt gefordert wäre, damit Kinder darauf spielen können. Aber hier habe bereits den ersten Punkt. Wenn bei uns, wenn wir Fussball gespielt haben, einer neben dem Tor vorbei gezielt hat und der Ball dann Richtung Sälstrasse gerollt ist, konnten wir diesen zu unserer Zeit noch knapp unten an der Sälstrasse vor der Unterführung auffangen. Diese Bälle sind heute, wenn sie in den Begegnungszonen gespielt werden, je nachdem im Sälkreisel unten. Ich möchte keinem Kind zumuten, die Sälstrasse hinunter zu rennen und den Ball auf dem Sälkreisel zu holen. Das Ganze kommt auch mit diesen Begegnungszonen, Sie haben es zwar erklärt, der FdP etwas vor wie man meint den Esel und schlägt den Sack. Worum geht es im Konkreten? Die Begründung ist dargelegt. Legaler, illegaler Durchgangsverkehr, Errichtung von Begegnungszonen usw. Bei näherer Betrachtung kommen aber die einzelnen Begründungen durchaus auch ins Wanken und es sind gewisse Gegenargumente angebracht. Am vergangenen Montag war im OT genau zu diesem Thema ein Leserbrief, und ich glaube, der Schreiber hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Es ist so, dass auch mit diesen Begegnungszonen der illegale oder auch legale Durchgangsverkehr nicht verschwinden wird, sondern anstatt mit 35 wird man durch die Begegnungszone einfach mit 25 bis 30 durchfahren oder schleichen, je nachdem, wie man dem dann auch sagen will. Wenn man diese Problematik analysiert, und das hat die FdP gemacht, wie wir dies im Studium gelernt haben, die Fraktionierung von Problemen in Teilprobleme usw., stellt man Folgendes fest: Das Problem des Durchgangsverkehrs existiert nicht 24 Stunden, 7 Tage, 365 Tage und über 50 Jahre, sondern dieses Problem besteht ganz klar zu gewissen Zeiten, je nachdem 06.30 bis 08.30 Uhr oder zwischen 16.00 und 18.00 Uhr, wenn der Verkehr hier durchrollt. Er wird jedes Mal noch verstärkt, wenn im Sälkreisel Stau ist. Für uns braucht es jetzt gezielt eine Lösung für diesen Bereich, für diesen Zeitrahmen und nicht irgendwie für den Heiligabend oder den Neujahrstag, dass man dort entsprechend die Lösung hat. Situation 1 zu den Parkplätzen: Im Perimeter der vorgesehenen Begegnungszone hat es auch Anwohner, die ein Auto haben. Das ist in

diesem Sinne ja auch legal. Maienstrasse, Reiserstrasse, Ihr müsst einmal dort vorbeifahren. Die Parkplätze in der blauen Zone sind praktisch immer besetzt. Die Anwohner haben aus gewissen Gründen ein Auto, vielleicht beruflichen. Nicht alle können zu Fuss zur Arbeit gehen, mit dem Bus oder ÖV und haben ein Anrecht darauf, ihr Auto auch dort zu parkieren. In der Begegnungszone, so wie sie jetzt gefordert wird, werden aber in erster Linie bauliche Massnahmen, die der Stadtrat schon androht, gemacht, und Ihr könnt sicher sein, da gibt es nicht mehr Parkplätze, sondern weniger. Ob sie dann in der gleichen Anzahl erhalten bleiben, da machen wir ein grosses Fragezeichen. Alles ist im Hinweis und im Bericht und Antrag des Stadtrates enthalten. Somit werden die Anwohner in diesem Quartier, die ein Auto haben, mit einer Begegnungszone stigmatisiert. Sie können dann schauen, wohin sie ihr Auto hinstellen. In Krisenzeiten, so wie wir sie jetzt erlebt haben, Covid 19 usw., wo sogar der Bundesrat von höchster Stelle aus sagt, dass man den Individualverkehr fördern und nicht mit dem ÖV reisen soll, sind dies ganz sicher keine guten Aussichten. Ein weiterer Punkt: Braucht es die einschneidenden Massnahmen dieser Begegnungszone? Nein. Auch hier ist die FdP hundertprozentig mit Euch. Wir haben heute schon genügend gesetzliche Grundlagen und Verbotsschilder, um den illegalen Durchgangsverkehr zu unterbinden. Es wird einfach nicht gemacht. Das ist uns allen klar. Es wird nicht genügend kontrolliert. Es wird nicht genügend durchgesetzt, und hier ist der Stadtrat gefordert, die Stadtpolizei. Immerhin haben wir hier noch sieben 100-Prozent-Stellen, auch von der Stadtpolizei, Kantonspolizei usw. Es braucht Kontrollen an den Einfalls- und Ausfallsachsen dieses Perimeters, der entsprechend auch im Bericht und Antrag enthalten ist. Dort müssen signifikante Kontrollen zu den erwähnten Zeiten gemacht werden. Ich wage jetzt nicht mehr zu sagen, wie es die Stadt Bern in gewissen Quartieren macht. Dort gibt es wirklich eine Motorradgruppe, welche die Quartiere in diesem Sinne abschottet und jedem, der keine Berechtigung hat, sagt, Bürschchen fahre hier zurück, sonst gibt es eine Anzeige. Alles ist vorhanden. Es wird einfach nicht gemacht. Ein wichtiger Akteur in diesem Ganzen sind jetzt hier die Volksvertreter mit dem Volksauftrag, aber auch der Quartierverein rechtes Aareufer. Die FdP verlangt, dass sich alle involvierten Akteure unter der heutigen Gesetzgebung zusammensetzen und sich zu klaren einschneidenden Massnahmen und Kontrollen durchringen. Damit wird nachher dem Volksauftrag im genau gleichen Umfang auch entsprechend nachgelebt und viel besser erfüllt, als was hier mit diesen baulichen Massnahmen, diesem Prozessvorgehen verlangt wird, wo es schlussendlich neben Gewinnern auch Verlierer gibt. Ich glaube, da könnte man, wenn dies einmal richtig angegangen wird, wirklich eine Win-win-Situation schaffen. Die FdP-Fraktion wird den Vorschlag aus den genannten Gründen nicht erheblich erklären.

Christian Ginsig, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir danken für den Volksauftrag Sälquartier. Es ist uns auch klar, dass in einer Stadt Verkehr stattfindet. Selbstverständlich gehört für uns Autoverkehr dazu. Fakt ist aber auch, dass die Problematik dieses Durchgangsverkehrs im Sälquartier seit Jahren bekannt ist, und sie ist ungelöst. Wir hatten im Rahmen der Einführung der ERO das Versprechen der Polizei, dass entsprechende Kontrollen stattfinden sollen. Von diesen Kontrollen sieht man in der Realität kaum etwas. Es ist kaum spürbar. Die Begründungen sind kompliziert. Die Nachfahrten seien schwierig, und entsprechend ist hier in der Realität nicht viel sichtbar. Fakt ist, und da sind wir auch auf Seiten der FdP, dass diese Situation trifft vor allem dann zu, wenn zwischen dem Sälkreisel und dem Postplatz Stau ist, ganz konkret in den Hauptverkehrszeiten. Dann suchen nämlich diese Leute auch entsprechend die Durchfahrtsmöglichkeit durch das Quartier. Man kann subjektiv aber auch feststellen, dass der Verkehr im oberen Bereich, seit die Gartenstrasse umgebaut ist, eben die Quartierautobahn, die vorher schon erwähnt wurde, mit sehr viel entsprechendem Hobeln, das den Verkehr verlangsamt, abgenommen hat, weiterhin stark belastet ist. Aus unserer Sicht ist es aber Fahrtrichtung Aarau Richtung Aarburg nach wie vor die Reiserstrasse, die massiven Durchgangsverkehr hat und in die Gegenrichtung Aarburg-Aarau wickelt es sich halt aufgrund des Einbahnverkehrs via Maienstrasse und Reiserstrasse ab. Man darf in dieser Diskussion einfach nicht vergessen, dass es hier nicht um die Quartierbewohner. Sie selber sollen ja auch fahren, und sie gehören ins Quartier. Sie fahren eben anders als ein Durchfahrer. Ein Durchfahrer will schnell von A nach B kommen, und er hat einfach ein anderes Tempo als ein im Quartier ansässiger Fahrer, der subjektiv anders fährt, drauf. Fakt ist leider auch, dass das Tempo 30, wie es im Moment signalisiert

ist, von Seiten der eidgenössischen Vorgaben, was die Strasse anbelangt, wenig Spielraum lässt, um entsprechende Massnahmen zu realisieren. Aus unserer Sicht bietet Tempo 20 gleichwohl die Chance, diesen Strassenraum wieder für die Quartierbewohner, die dort leben, wohnen und sich aufhalten, entsprechend aufzuwerten und in der zweiten Linie dieses Quartier für die Durchfahrer weniger attraktiv zu machen. Konkret existiert dieser Durchgangsverkehr auch, anders als die Situation der Durchfahrer, die dieses Quartier benützen. Die EVP/CVP/GLP-Fraktion wird diesen Auftrag aus diesem Grund grossmehrheitlich unterstützen.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich finde es gut. Wir dürfen etwas Emotionen zeigen. Das englische Parlament ist hier ein Vorbild.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Ich bin schlecht geeignet für das englische Parlament. Ich bin zurückhaltend in diesen Sachen. Aber ich möchte am Anfang an dieser Stelle meine Interessensbindungen offenlegen. Ich gehöre selber zu den Erstunterzeichnenden oder jedenfalls zu den Unterzeichnenden dieses Volksauftrags. Ich habe beim Aushecken selber mitgedacht, obwohl ich ja selber nicht im Quartier wohne. Aber es hat natürlich damit zu tun, dass das Anliegen als solches eine lange Vorgeschichte hat. Das ist schon verschiedentlich angesprochen worden. Ein Teil der Vorgeschichte ist, dass Anita Huber und ich vor rund 11 Jahren einen Vorstoss eingereicht hatten, der damals von einem Grossteil des Parlaments überwiesen wurde. Er gehört nach wie vor zu den Vorstössen, die immer noch hängig sind. In der Begründung des Volksauftrags ist es korrekt geschrieben. Die bisher ergriffenen Massnahmen zum Schutz der Wohnquartiere haben nicht die erwünschte Wirkung gezeigt. Es ist sicher auch unbestritten eine Verkehrsscheide. So würde in diesem Netz an zwei Orten eine Diagonale reichen. Auf dem Plan kann man sehr gut nachschauen, wo sie sein müssten. Sie hätte wirklich Wirkung. Das ist, wo man bis jetzt nicht die politische Bereitschaft aufgebracht hat, um eben diese Wirkung zu erzielen. Der Vorschlag, wie er vorliegt, wird vom Stadtrat auf Seite 3 von 4 in der oberen Hälfte kommentiert. «Im Vorschlag werden zu den Bedürfnissen und Zielen keine Angaben gemacht. Es soll unmittelbar eine Massnahme beauftragt werden». Dieser Satz hat uns einigermaßen stutzig gemacht. Für uns ist es sehr wohl in der Formulierung des Volksauftrags selber, aber vor allem in der Begründung, ganz deutlich zum Ausdruck gebracht worden, was die Bedürfnisse sind und was die Ziele sind. Auch hier muss man es im Kontext davon sehen, dass es ja kein neues Anliegen ist, sondern in unserer Stadt schon lange diskutiert wird. Die Bedürfnisse sind schon x-fach angemeldet worden. Die Ziele kann man ganz klar formulieren. Man kann sagen, sie sind vielleicht auf zwei Ebenen. Ein Wirkungsziel heisst ganz klar die Lebensqualität im Quartier. Wenn weniger durchgefahren wird, von Leuten, die eigentlich nicht berechtigt sind durchzufahren, ist es in der Wohnung eine hohe Lebensqualität. Wenn ich in meinem eigenen Garten sitze, ist es eine hohe Lebensqualität, und wenn ich auf der Strasse unterwegs bin oder spiele, ist es eine höhere Lebensqualität. Wenn man so will, heisst das Leistungsziel Anzahl Fahrten, die einfach reduziert werden. Das ist sicher der springende Punkt. Heinz Eng hat auf den Leserbrief, den wir anfangs Woche in der Zeitung hatten, hingewiesen. Wir kommen dezidiert zu einem anderen Schluss, als was dort geschrieben wurde. Wenn man Tempo 20 einführt, auf dem Netz, wie es hier eingezeichnet ist, und der Volksauftrag ist eindeutig, werden wir weniger Durchgangsverkehr haben. Es braucht seine Zeit, bis man mit Tempo 20 durch ist. Es ist eine zusätzliche Erinnerung, dass es eben tatsächlich nicht dafür gedacht ist, um durchzufahren, für diejenigen, die nicht selber im Quartier wohnen, und das wird die Fahrten tatsächlich reduzieren. Dann gibt es noch etwas Weiteres, das die Fahrten reduzieren wird und ein Unterschied zur heutigen Situation ist, und das ist das Stichwort Kontrolle. Es ist selbstverständlich zutreffend, dass er, wenn die Verkehrsfläche für den Motorfahrzeugverkehr nach wie vor da ist, von einigen auch genutzt wird. Darunter hat es manchmal auch solche, die ihn unbefugt benutzen. Wenn wir dies heute vermeiden wollen, die Polizei hat dies ja einmal ausgerechnet, braucht es etwa 12 Personen im Einsatz mit entsprechenden umfassenden Kontrollen am oberen und unteren Ende des ganzen Rayons, um Fehlbare abzufangen. Wenn wir Tempo 20 haben, reicht eine elektronische Kontrolle. Ich selber fahre nicht Auto. Ihr wisst es. Aber denjenigen,

die Auto fahren, raucht es ganz gewaltig, wenn sie in einer Tempo-20-Zone erwischt werden. Wir haben hier im Raum auch Leute, die dies schon erlebt haben. Ich denke, es ist ein sehr gut begründeter Auftrag. Es ist transparent, dass die wirklich ideale Form eine andere wäre. Es ist in diesem Sinne eine Ausweichmöglichkeit oder ein Eingeständnis, dass man sagt, okay, die baulichen Massnahmen, die wirklich verhindern würden, dass durchgefahren wird, sind jetzt halt aus diversen Gründen nicht ergriffen worden. Das ist eine nächstmögliche Antwort darauf, damit wirklich nur diejenigen, die berechtigt sind, ins Quartier hineinzufahren, dies auch wirklich tun und alle anderen nicht. Wir Grüne werden diesen Volksauftrag einstimmig unterstützen. Für uns ist unbestritten, dass er, wenn er eine Mehrheit findet, selbstverständlich im Wortlaut gilt.

Es folgt Applaus.

Ursula Rüegg, SVP-Fraktion: Besten Dank für die Eingabe und besten Dank auch für die Beantwortung. Wir waren in der Fraktion nicht einheitlicher Meinung. Es sind aber alle der Meinung, dass der Durchgangsverkehr im Sälquartier ein Riesenproblem ist. Das sehen wir alle. Ich selber fahre täglich zwei- bis viermal mit dem Velo dort vorbei, ohne dass ich im Quartier wohne. Ich sehe aber auch, da muss ich Dir widersprechen, Christian, dass es Kontrollen gibt. Das sind die Tage, an denen ich sogar mit dem Velo im Stau stehe, weil ich nicht mehr weiterkomme. Begegnungszonen sollten unter anderem dazu dienen, den Verkehr zu beruhigen und die Verkehrssicherheit zu verbessern. Es soll mehr Platz zum Spielen und Begegnen geschaffen werden. Gerade im angesprochenen Quartier haben wir aber mit dem Vögelgarten, der Wiese am Mattenweg, dem Spielplatz am Theodor-Schweizer-Weg schon recht grosszügige Möglichkeiten, sicher und ganz ohne Verkehr zu spielen und zusammensitzen. Es gibt dort Rasenflächen, um Fussball zu spielen, aber auch geteerte Flächen, wo man Hockey spielen, Kreide malen oder die ersten Schritte mit den Rollschuhen wagen kann. Nicht viele Quartiere in Olten haben solche Vorteile. In den angesprochenen Strassen bestehen für die Anwohner Parkplätze, die dringend gebraucht werden, um nach dem Feierabend oder am Abend das Auto im eigenen Quartier abzustellen. Genau dies schafft auch Gefahren, wenn zwischen den parkierten Autos gespielt wird, das heisst jemand, der zum Beispiel nach Hause kommt und parkieren möchte, kann schnell einmal trotz allem Aufpassen ein Kind übersehen. Ich glaube, das möchten wir alle nicht. Eine Möglichkeit, Parkplätze in diesem Quartier neu zu organisieren, wie es idealerweise in Begegnungszonen gemacht wird, sehen wir in diesem Quartier nicht, im Speziellen nicht, weil die angesprochene Zone von der Sälistrasse bis zum Wilerweg sehr ausgedehnt ist. Sollte der Auftrag erheblich erklärt werden, möchten wir beliebt machen zu prüfen, ob eine Begegnungszone am Maria-Felchlin-Platz, das ist vor der reformierten Kirche, eingerichtet und die Durchfahrt auf der Gartenstrasse zwischen der Engelbergstrasse und dem Pfarrweg gesperrt werden könnte, ausgenommen selbstverständlich für den Bus. Besten Dank.

Dr. Arnold Uebelhart, Fraktion SP/Junge SP: Danke der SVP-Sprecherin. Sie hat eigentlich gerade ein wichtiges Argument, dass wir diesen Vorstoss, ich nehme an, er hat die Form eines Postulats, das heisst, innerhalb eines Jahres haben wir Resultate und müssen die Vorschläge des Stadtrates sicher überweisen. Ich frage mich, ob ich überhaupt noch etwas sagen soll, ausser dass ich Herrn Bächler und seiner Gruppe danken muss. Immerhin machen sie dies jetzt, dass das Problem, das offenbar seit zehn Jahren so etwas gekocht hat, auf eine ein wenig andere, höhere, politischere Sphäre kommt. Das ist in der Stadt allgemein bekannt, nachdem man sehr im Hintergrund gearbeitet hat. Ich denke, wir haben rund 28 Stimmen, aber gleichwohl so, dass wir den Prozess etwas machen können. Ich finde, man sollte schauen. Ein Prozess ist nicht einfach etwas Ewiges. Ein Kind ist einmal gross und dann ist ein Prozess... , nein, er ist nie abgeschlossen. Fragt mich nicht. Das dauert ja ewig. Aber hier muss es einmal abgeschlossen sein. Ich möchte nicht einen Prozess, wieder eine Bahn, wieder eine Bahn, und in zehn Jahren reden wir noch einmal. Dann muss ich wahrscheinlich langsam Richtung Meisenhard fahren. Das möchte ich noch erleben. Herr Bächler hat es gut gesagt. Tempo-20-Zone, was dies eigentlich bringt. Bedürfnisse Autofahrer und Quartierbewohner. Das Problem ist natürlich immer, ich selber bin toll mobil mit Auto, Velo, Heinz Eng mit Auto, macht auch alles. Der Verkehr sind immer

die anderen. Das ist schon so. Meine Interessenbindung, man sagt dies offenbar, ich wohne selber an der Reiserstrasse. Der Druck, der hier kommt, ist ganz klar, auch vom Sälipark, vom Sälipark. Wenn ich morgens gegen 7 Uhr die Zähne putze, bevor ich zur Arbeit gehe, sieht man natürlich schon, wie die Leute bei der Herz-Jesu-Kapelle abbiegen. Man sieht es im Winter gut. Dann sieht man schön die Scheinwerfer, wie sie fahren, nach vorne zur Sälistrasse, ein Auto nach dem anderen. Das hat Herr Bächler gut erklärt. Das ist so empirisch. Zu Heinz Eng möchte ich gleichwohl sagen, alle Gegenargumente, die er gemacht hat, kann man natürlich eigentlich entgegensprechen. Wenn er natürlich sagt, man muss nichts machen, weil der illegale Verkehr ja eh nie verschwinden wird, dann kann man auch die illegalen Drogen sein lassen., weil sie ja auch nicht verschwinden. Aber man muss dann trotzdem etwas tun, um dies klein zu halten. Heinz, dieses Argument fand ich jetzt von Dir etwas schwach. Auch dass Du gesagt hast, es seien nur bestimmte Zeiten und vielleicht noch Stau. Das heisst, es sind vier bis sechs Stunden pro Tag, in denen die Kinder, die Leute unterwegs sind usw. Das ist klar. An der Reiserstrasse selber hat es ja auch Leute. Ich würde sagen, es sind nicht mehr als 100 Parkplätze. Es fahren natürlich schon mehr als 100 Leute pro Tag vorbei. Das muss man schon sagen. Das ist eigentlich auch kein Argument. Gut fand ich, was Du gesagt hast, Du hast eigentlich am meisten opponiert, deshalb muss ich auf Dich eingehen, dass man die heutige Gesetzgebung einfach nur machen muss. Aber das heisst ja nicht, dass man gegen den Vorschlag sein muss. Man kann dann wirklich einmal etwas ausschaffen. Man kann zum Beispiel sagen, man stellt einmal zwei unserer städtischen Polizisten hin, drei Monate sechs Stunden. Man rechnet den Lohn aus und schlägt uns dies vor. Das wäre doch etwas, das gemacht werden könnte. Man kann dies bei Heinz Eng durchaus wie beim Judo umkehren, dass man dies jetzt wirklich macht. Die CVP hilft uns. Deshalb komme ich ja auf die vielen Stimmen. Felix sagt es auch. Langsam fahren ist weniger Verkehr. Das werden wir dann sehen. Frau Rüegg möchte ich unbedingt danken. Also unbedingt überweisen. Ich denke, es ist eine Form eines Postulats. In einem Jahr werden wir es sehen. Was werden wir sehen? Am Sonntag habe ich geschaut. Hinter der Uni in Bern ist ein grosses Quartier. Bern ist auch erwähnt worden. Das geht bestens. Ich habe gemeint, sie machen dort eine Demo. Dann habe ich aber gesehen, sie warten auf einen Glace-Stand, 300 Meter, weil natürlich alle zwei Meter jemand steht. Dort ist der Bus gekommen. Dort sind Autos gekommen. Es sind Töffs gekommen. Aber es war einfach eine ruhige Situation. Es hatte Rabatten. Leute sind marschiert. Das war eigentlich eine Durchgangsstrasse, aber sehr beruhigt.

Es folgt Applaus.

Daniel Kissling: Wir von Olten jetzt! schliessen uns der vorherrschenden Meinung an und unterstützen den Volksauftrag auch. Ich möchte gleich am Anfang beliebt machen, dass man in Zukunft bei Volksaufträgen eventuell hinschreibt, wie der Stadtrat oder auch die Verwaltung sie beurteilt, als Postulat oder als Motion. Da steht jetzt einfach Volksauftrag gemäss Artikel irgendetwas. Dann haben wir nachgeschaut. Dort steht, es kann ein Postulat oder eine Motion sein. Dann wissen wir immer noch, worüber wir heute reden. Das kann man ja eigentlich von der Stadtkanzlei einfach hinschreiben. Das wäre ein Vorschlag von uns. Abgesehen davon unterstützen wir dies auch. Im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen nehmen wir uns nicht heraus, dass wir der Weisheit letzter Schluss haben, wie man diese Situation am besten lösen kann. Wir wissen nicht, ob der Vorschlag der Initianten die perfekte Lösung ist. Wir haben andere Sachen gehört. Ich finde die Begegnungszone vor der Friedenskirche eine schöne Idee. Elektronische Schranken, was auch immer, es gibt scheinbar ganz, ganz viele Ideen, wie man dieses Quartier verkehrstechnisch verbessern könnte. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig die anstehende Raum- und Ortsplanung ist. Es zeigt einmal mehr, dass ein solches Verkehrskonzept und Mobilitätskonzept, wie die Stadt im letzten Jahr zu machen versucht hat, eigentlich dringend nötig wäre. Auch aus diesem Grund stimmen wir diesem Volksauftrag zu, ebenfalls aus dem Grund, dass wieder einmal gezeigt wird, dass wir auch nicht unbedingt alle vom Gleichen reden. In der Antwort des Stadtrates steht folgender Satz, der uns ein wenig pikiert hat: «Zu beachten sind auch die Verkehrsfunktionen. Strassen dienen vorab der Erschliessung von Orten. Andere Funktionen wie Aufenthalt, Spiel, Beschattung oder Gestaltung sind zweitrangig». Es tönt so, als ob man sagen würde, die Erde ist rund. Einige behaupten auch, dass es nicht so ist. Aber die Erde

ist rund, und Strassen muss man fahren können. Punkt. Das war immer so, und das wird immer so sein. Ich finde dies etwas schwierig, gerade auch von einem mehrheitlich links-grünen Stadtrat, dass man sagt, auf Strassen muss man fahren können. Natürlich sind sie Verkehrserschliessung. Aber gerade in dieser Stadt, gerade zum Beispiel eine Kirchgasse, mit der man sich immer sehr rühmt, hat nicht mehr diese Funktion und ist gleichwohl immer noch ein Weg, eine Strasse. Dementsprechend muss man vielleicht auch einmal umdenken. Quartiere sind nicht in erster Linie dazu da, um durchzufahren. Das haben heute alle fünfmal gesagt. Wir sind auch dieser Meinung, und wir hoffen, dass der Stadtrat zukünftig ein vielleicht erweitertes Bild von Aufenthaltsflächen haben wird. Nicht nur Plätze sind Aufenthaltsflächen, sondern auch Strassen. Dort spielen Kinder, wie gesagt wurde. Ich hoffe, dass wir auch in Zukunft an dieser Definition grundsätzlich etwas weiterdenken wird. Nicht destotrotz wissen wir nicht, ob es die perfekte Lösung ist. Wir hoffen, es ist ein Schritt in die richtige Richtung, und wir hoffen, dass wir in Zukunft noch mehr darüber reden werden, was Quartiere sollen und wollen. Vielleicht gibt es ja irgendwann dann noch einen neuen Schritt in eine Richtung eines Mobilitätskonzepts. Es stimmt aber schon, was unsere Vorredner alle schon gesagt haben, dass es jetzt vielleicht nicht Zeit für die nächste Mitmachstudie und die nächsten Mitmachverfahren, sondern einfach auch einmal etwas machen, schauen, wie es funktioniert und dann wieder den nächsten Schritt machen.

Es folgt Applaus.

Philippe Ruf: Ich habe eine Frage. Wir haben einzelne Meldungen gehört, ich weiss nicht, ob es wissenschaftlich der richtige Ausdruck ist, aber es sind so etwas anekdotische Evidenzen, wenn man sagt, ich habe es so und so erlebt und dann daraus schliesst, dass dies für alle anderen so sei. Das ist nicht viel wert. Es ist aber viel wert, wenn es Studien gibt und etwas empirisch geprüft wird. In diesem Vorstoss schreibt der Stadtrat, dass die Umwandlung einer 30er-Zone in eine 20er-Zone keine verkehrsberuhigende Massnahme ist. Das ist meine Frage, die ich an Euch habe, und ich denke, vor allem die Leute, die dies auch befürworten, und ich nehme dies auch gleich vorweg, ich bin diesem Vorstoss gegenüber neutral eingestellt. Es geht mir nicht darum, hier jemanden vorzuführen. Aber welcher wissenschaftliche Gedanke steht dahinter? Gibt es Studien dazu, die effektiv auch zeigen, dass es etwas bringt? Das ist meine Frage. Ich bin wirklich froh, wenn mir hier jemand weiterhelfen kann. Ich glaube, wir werden auch in anderen Quartieren solche Diskussionen haben und diese Diskussionen immer wieder führen. Ich denke, es ist schon noch wichtig, dass wir dies auch wissen. Merci.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich kämpfe. David Yume, schottischer Aufklärer, 16./17. Jahrhundert. Was ist eine wissenschaftliche Evidenz? Du forderst eigentlich das à priori-Verfahren, einen Labortest. Es ist ja wie bei Corona. Da haben wir gesehen, wie weit dies führt. Daraus leitest Du etwas ab. David Yume sagt, wir gehen sensual. Wir machen einmal eine sinnliche Sache. Am Morgen beim Zähneputzen sehen wir die Autos, die kommen. Das ist eigentlich die höchste Stufe der wissenschaftlichen Erkenntnis. Dann machst Du die Induktion, die Herr Bächler macht, die wir machen, die sogar Genosse Heinz Eng gemacht hat. Er hat auch Sachen aus der Sensibilität gesehen, aus dem Spüren. Dann machst Du ein Gesetz. Du bist ja Kantianer. Jetzt kommen wir zur Urteilstkraft. Sie will ein allgemeines Gesetz verbinden. Was tun? Bei einem Postulat werden wir in einem Jahr ein Resultat haben. Dieses Resultat gibt Erkenntnisse und wir gehen weiter. Das ist der Prozess der Wissenschaft.

Philippe Ruf: Mein Herz fängt natürlich an zu lachen, wenn jemand aus der romantischen Partei plötzlich mit der Aufklärung. Danke vielmals, Noldi. Das war sensationell. Du hast mich gerade gewonnen. Nach wie vor bleibt meine Frage offen. Gibt es Studien, die belegen, dass dies effektiv etwas bewirkt, und ich bitte um Beantwortung dieser Frage.

Felix Wettstein: Ich kann direkt antworten. Es gibt diese Studie. Ich habe selber beruflich schon damit gearbeitet. Zum Teil liegen sie sogar schon ein paar Jahre zurück. Etwas, das eine ganz wichtige Unterscheidung ist, ist heute Abend angesprochen worden. Bei Tempo 30 oder Tempo 20 sind die Vortrittsrechte andere. Das macht als solches schon einiges aus. Du hast nach Verkehrsberuhigung gefragt. Die Frage stellt sich ja in erster Linie nach

Verkehrsreduktion. Gehe ich richtig in der Annahme, dass dies eigentlich im Vordergrund ist? Beruhigung heisst, es ist lärmässig ruhiger oder es wird gemächlicher gefahren. Verkehrsreduktion ist die Anzahl. Nicht mehr 4'875 an der Ecke Reiserstrasse/Sälistrasse, sondern spürbar weniger. Was wirkt, sind bauliche Massnahmen, die nicht jede Beziehung möglich machen. Ich glaube, das hat in der Stadt Zürich angefangen, dass man dies nicht nur so baulich gemacht, sondern dann auch zahlenmässig unterlegt hat. Ich kann nicht auswendig sagen, wie diese Zahlen waren. Sie sind beträchtlich. Man schrumpft auf einen kleinen Prozentsatz der vorherigen Verkehrszahlen Motorfahrzeugverkehr. Auch gibt es empirische Studien zu einem etwas anderen Thema. Aber diese Studien kenne ich relativ gut. Das ist tatsächlich, welche Auswirkungen es für die Lebensqualität für die Leute, die dort wohnen. Eine der spannenden Studien hat vor ein paar Jahren das Marie-Mayerhofer-Institut für das Kind gemacht. Sie haben zuerst in einer Stadt alle Familien, die fünfjährige Kinder haben, befragt. Die Kardinalfrage war quasi, kann Euer Kind ohne Begleitung eines Elternteils nach draussen gehen? In den Quartieren mit ganzen Fahrverboten oder Tempo 20 hat ein grosser Teil der Eltern gesagt ja. In den Quartieren, in denen noch schneller gefahren werden konnte, hat ein beträchtlicher Teil gesagt nein. Man hat dann übrigens die gleiche Studie auch noch auf dem Land, im aargauischen Freiamt gemacht und festgestellt, dass der Anteil derjenigen, die sagen, mein Kind kann nicht nach draussen gehen, grösser als in den Städten ist. Dies einfach noch so als kleine Nebenbemerkung. Für mich ist die ein wichtiger Indikator, ob Familien, die ein fünfjähriges Kind, auf die Frage, kann das Kind ohne Begleitung nach draussen gehen, ja oder nein sagen. Das ist empirisch super gut bestätigt.

Dr. Rudolf Moor: Felix hat jetzt schon einen Teil vorweggenommen. Diese Studie gibt es. Philippe, es ist jetzt etwas viel verlangt, dass man sie einfach gleich zitieren könnte. Ich habe zwar noch versucht, es im Internet herauszusuchen, aber ich habe es in dieser Zeit nicht geschafft. Das Beispiel, das Noldi erwähnt hat, ist eines, das ich sehr gut kenne. Ich habe immerhin etwa 40 Jahre meines Lebens in der Länggasse studiert und gearbeitet. Dort sind die Mittelstrasse und die Gesellschaftsstrasse. Diese hat man mit Begegnungszonen beruhigt. Dort hat man sehr gute Ergebnisse. Sie sind dokumentiert. Man findet sie, wenn man ein wenig sucht. Das ist aber ein Beispiel. Es gibt viele andere Beispiele, und es hat verschiedene positive Effekte. Der eine ist nämlich jetzt noch gar nie angesprochen worden. Heinz Eng hat zwar so als Nebensatz gesagt, sie fahren dann einfach 25 statt 35. Aber die kinetische Energie bei 25 ist eben nicht einfach linear kleiner als bei 35, sondern die kinetische Energie nimmt mit dem Quadrat zu. Das heisst, wenn etwas passiert, sind die Schäden bei 25, vor allem auch die Verletzungen, um Grössenordnungen kleiner als sie bei 35 sind. Das macht unheimlich viel aus. Das ist der positive Effekt bezüglich Verletzungen. Dazu gibt es, aber ich kann es jetzt nicht zitieren, in meinen Augen sehr weitreichende Untersuchungen, die zeigen, dass die Verletzungsfolgen für Kinder und auch für die Bewohner, wenn etwas passiert, um Grössenordnungen kleiner sind. Das hat natürlich die Folge, dass die Leute mehr auf die Strasse gehen, dass sie weniger Angst haben, dass sie eben auch spielen können, ohne dass sie wahnsinnig Gefahr laufen und dass man die Strasse, und da verstehe ich den Stadtrat überhaupt nicht mit der Aussage, dass sie nur zum Autofahren da sei, auch als Begegnungszone nützt. Deshalb heisst es nämlich Begegnungszone. Da macht die Geschwindigkeitsreduktion von 30 auf 20 sehr viel aus. Das ist ein Aspekt. Der andere Aspekt ist natürlich schon derjenige, dass es Studien gibt, die nachweisen, dass man bei einer Änderung als Autofahrer mehr Angst hat, dass etwas passiert, weil man ja dann schuld ist. Das ist ein wesentlicher Grund, damit man irgendwo nicht durchfährt., wo es eine Begegnungszone gibt. Das hat diverse Faktoren, und diese findet man. Man kann nachweisen, dass es in jeder Beziehung einen positiven Effekt hat. Aus diesem Grund verstehe ich auch nicht, dass der Stadtrat dies jetzt noch in irgendeinem «Spürst-Du-mich-Seminar» herausfinden will. Die Facts sind eigentlich klar. Eine Begegnungszone nützt und bringt in dieser Situation etwas.

Heinz Eng: Es ist jetzt sehr viel über Studien und Wissenschaft gesagt worden. Ich möchte auch noch kurz meine Theorie loswerden. Noldi, wir sind hier nicht an der Alexander-Humboldt-Universität in Berlin, Referat 3b, 17. Zimmer im 3. Stock. Auch die ganzen Geschichten der Aufklärer, diese Leute sind tot. Auch wenn man die entsprechenden Zitate hier nachsagen kann, wir leben im Hier und Jetzt und es braucht jetzt eine Lösung. Das ist

das Erste. Das Zweite bezieht sich auf die Studien. Es gibt Dutzende von Studien. Wir haben es heute wieder gehört. Es ist so etwas wie mit den Juristen. Man kann eine Studie dafür machen. Nachher hat man eine andere Studie dagegen. Ich kann mich einfach an eine Anekdote unseres Professors an der Uni Lausanne erinnern. Er hatte auch so eine Superstudie. Er hat in die Runde gefragt, was wir mit dieser Studie machen. Niemand hat eine Antwort gegeben. Natürlich hat es niemand gewagt. Der Professor hat dann gesagt, wir stellen sie nun einmal in den Schrank und schauen, was passiert. Sie war nach drei Jahren noch im Schrank. Ich glaube, was Ruedi gesagt hat. Es ist ganz klar, dass es entsprechende Studien gibt, auch von den Unfällen, der kinetischen Energie her. Ihm als Physiker nehme ich dies ab. Aber hier geht es ja nicht um diese Studien und Wissenschaftliches. Es geht um den Weg. Der Weg ist das Ziel. Noch einmal: Die FdP-Fraktion sagt, es hat andere bestehende Mittel. Es gibt bestehende Massnahmen, die man nicht ausgeschöpft hat. Das hat Herr Bächler übrigens auch bestätigt. Jetzt soll man sich einmal dort dahinter machen, dass man das Quartier entsprechend beruhigen kann. Auf den jetzigen gesetzlichen Grundlagen und den Kontrollen, die jetzt einfach einmal greifen müssen, und dass man davon auch Gebrauch macht, mit der ganzen Härte der Paragraphen und auch vom Gesetz. Das fordert die FdP. Da ist es wirklich dabei, die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen.

Philippe Ruf: Ich spare mir jegliche Lessing- und Kant-Zitate, Heinz. Ich glaube, es ist sehr lobenswert, wenn Noldi uns auch aufruft, wir sollen uns unseres eigenen Verstandes bedienen, und ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt, vor allem in einer politischen Debatte. Die Frage, die ich gestellt habe, wurde aber nicht beantwortet. Felix hat korrekterweise, und ich schaue dies für diese Diskussion durchaus als relevant an, gesagt, diese Studie bezeugt offenbar, ich glaube Dir selbstverständlich, dass man angegeben hat, dass die Lebensqualität gestiegen ist. Da steht: «Die Umwandlung einer Tempo-30-Zone in einer Begegnungszone ist aber keine verkehrsberuhigende Massnahme». Ich habe jetzt Euch gefragt. Ihr habt gesagt, es gibt Studien, die in diese Richtung abzielen. Ihr konntet es nicht 1 : 1 widerlegen. Aber da muss ich jetzt in die andere Richtung fragen. Dann hat offenbar Euer Stadtrat nicht recht. Er schreibt hier: «Die Umwandlung ...» Ich zitiere es jetzt nicht noch einmal. Irgendjemand von Euch sagt die Unwahrheit. Entweder ist es Euer Stadtrat oder Ihr, und ich würde gerne wissen, ob dies empirisch etwas bringt oder nicht. Wenn Ihr sagt, es gibt andere Studien, die etwas Ähnliches behandeln, dann hat Euer Stadtrat nicht recht oder er muss darlegen, dass er recht ist, und dann seid Ihr im Unrecht. Das ist für mich einfach essentiell, damit ich hier eine Entscheidung treffen kann. Ich hoffe, Ihr habt ein wenig Verständnis für diese Position.

Tobias Oetiker: Philippe, ich habe für Dich etwas gegoogelt. Es ist so, dass in der Stadt Basel in den letzten 15 Jahren 80 Begegnungszonen entstanden sind. Deshalb fanden die Leute der Stadt Basel offensichtlich, es wäre einmal an der Zeit zu schauen, ob es funktioniert. Sie haben eine Wirkungskontrolle gemacht, die man auf der Website der Stadt Basel finden kann, inklusive Analyse des statistischen Amtes. Ja, es nützt, es funktioniert, und sie haben bei dieser Analyse auch noch Verbesserungspotenzial, weil man sozusagen noch bessere Begegnungszonen machen kann, als sie schon haben. Es funktioniert. Wenn Du nach Begegnungszonen in Wohnquartieren, Wirkungskontrolle, suchst, dann findest Du es, und eben ja sagen.

Michael Neuenschwander: Ich bin auch schon lange genug in diesem Quartier, um zu wissen, wie sich dieses Problem entwickelt und zugenommen hat. Schon vor der Eröffnung der ERO hatten wir viel Durchgangsverkehr von Dulliken Richtung Aarburg, als es gar noch nicht darum ging, dass man gleich durch den Tunnel weiter Richtung Wangen fahren kann. Dieses Problem hat mit der Zunahme des motorisierten Verkehrs halt auch zugenommen und ist zu einer Unerträglichkeit geworden, bei der man sich nicht wundern muss, wenn wir jetzt mit schärferen Massnahmen dahinter gehen müssen. Ich erinnere mich, dass es schon vor Jahren hiess, als man noch eine Stadtpolizei hatte, ja, wir können dies nicht. Wir haben einfach zu wenig Leute. Wir brauchen 16 Personen für eine Kontrolle. Man hat immer wieder nachgefragt. Jetzt müsst Ihr einfach dort kontrollieren. Es ist halt einfach nichts passiert. Was macht man beispielsweise mit Bären, die hinter Bienenstöcke gehen. Man versucht zuerst einmal, sie zu vergrämen. Ich würde am Schluss dieser Debatte gerne noch einmal darauf

zurückkommen, worum es eigentlich geht. Es geht darum, dass man den Durchgangsverkehr dort einmal herunterbringt. Eine Begegnungszone zu machen, so wie es jetzt vorgeschlagen ist, ist einfach ein Mittel. Wenn die anderen halt gar nicht ausprobiert werden, versuchen wir es halt jetzt damit. Wir wollen den Bären vielleicht nicht gleich abschiessen. Aber wir wollen ihn jetzt einmal vergrämen. Wir wollen, dass dieser Verkehr jetzt dort einmal weggeht, rein zahlenmässig, und wenn er nicht genügend weggeht, fahren sie wenigstens langsamer. Deshalb wirklich überweisen.

Es folgt Applaus.

Luc Nünlist: Ich fand es auch unterhaltsam. Merci, Noldi, für die schöne heuristische Argumentation. Philippe, ich muss Dir recht geben. Ich finde, anekdotische Evidenz auch sehr oft problematisch. Tatsächlich ist es nicht immer möglich, kategorisch zu verallgemeinern. Einzelne Erlebnisse zählen dann aber auch in Bezug auf die Kirchgasse, in Bezug auf Abfall und in Bezug auf Unordnung nicht als verallgemeinerbare Argumente. Das würde ich unterschreiben. Wir hatten, das steht in der Antwort auch drin, eigentlich einmal die Verkehrsscheide. Das haben wir hauseigen wissenschaftlich ausgearbeitet. Damals hatten wir Leute, die sich sehr spezialisiert und professionell mit der Stadtentwicklung auseinandergesetzt haben. Ich muss sagen, dass diese hauseigene Wissenschaft, die wir hatten, halt leider auch dank Euch zu Zitronensaft verarbeitet worden.

Stadtrat Thomas Marbet: Vielen Dank für die verschiedensten engagierten Voten aus den Fraktionen, auch von den Einzelsprechern. Das Thema zeigt eigentlich, dass Verkehr auch im wahrsten Sinne des Wortes bewegt. Wir alle erleben es im Alltag. Mobilität, das sind wir, Verkehr, das sind die anderen. Ich kann vieles unterschreiben, fast alles, was von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt wurde, doch nicht ganz alles. Wir haben natürlich keine Stadtpolizei mehr. Wir haben keine Stadtpolizisten, die wir auf die Piste schicken könnten. Wir haben sie vor rund fünf Jahren in die Kantonspolizei integriert, und wir wurden natürlich bei der Stadtpolizei immer wieder vorstellig, wenn es um Kontrollen ging, einerseits zum Beispiel um die Poser herauszuholen, die uns ja bei warmen Temperaturen auch belästigen. Wir haben sie zum Beispiel auch beauftragt, Kontrollen auf der Chilestäge und Kirchgasse zu machen, und wir haben sie auch immer gebeten und tun dies immer wieder, unter der Leitung des Stadtpräsidiums, in der gemeinsamen Koordinationskonferenz, die Durchfahrtskontrollen zu machen. Ich kann Euch sagen, die Polizei macht sicher, was sie kann. Sie hat natürlich auch beschränkte Ressourcen. Das hören wir auch immer wieder. Sie hat auch ihre Einsatzdoktrin. Aber ich konnte jedenfalls letzte Woche die Durchfahrtskontrolle oder mindestens eine Polizeikontrolle auf der Sälistrasse feststellen. Es passiert nicht nichts. Aber es passiert weniger, als wir uns dies sicher wünschen. Was bedeutet denn ein solch partizipativer Prozess? Ich glaube, es ist von Ruedi aufgenommen worden. Ich stelle mir hier kein «Spürst-Du-mich-Grüppchen» vor. Wer mich kennt weiss, ich möchte eigentlich hier schon mit klaren Zielen und auch einem Zeitplan vorausgehen. Mir schwebt vor, dass jetzt die Stadt, die Verwaltung übrigens hier mit dem obersten Planer, sage ich einmal, Lorenz Schmid, Stadtplaner, vertreten ist und diese Arbeiten auch angeht und koordiniert. Mir schwebt vor, dass die Stadt einmal in einem ersten Schritt evaluiert, auf welchen Abschnitten solche Massnahmen überhaupt möglich sind. Über Tempo 20 wollen wir dann auch informieren, in erster Linie einmal die Anwohnerinnen und Anwohner, aber natürlich im Quartier und auch die Behörden, ihr alle, die Stadtbevölkerung. Dann geht es auch darum herauszufinden, entlang welcher Sanierung man dies einführt. Es ist klar, eine Begegnungszone bringt nicht viel, wenn man eine Piste hat, wo man weiterhin durchfahren kann. Tempo 20 ist eigentlich eine Privilegierung des Fussverkehrs und nicht eine Reduktion im Prinzip der Durchfahrten. Diese sind weiterhin möglich, sollen auch möglich sein, gerade dort entlang, wo der öffentliche Verkehr, der Bus, diese Erschliessungen vornimmt. Tempo 20 hat vor allem zur Folge, dass die Fussgänger Vortritt haben. Das ist auch richtig. Das ist der Zweck einer Begegnungszone, dass man sich auch begegnet, ohne über den Fussgängerstreifen gehen zu müssen. Aber es setzt in der Regel auch bauliche Anpassungen voraus. Wir würden vorschlagen, dass man dies eigentlich entlang den Sanierungen, Strassenabschnitten, die wir ja auch im Finanzplan einstellen, vornehmen würde. Ich danke für die gute Aufnahme unseres Vorschlags. Es war vielleicht nicht ganz,

was sich die Initianten, Motionäre vorgestellt haben. Man muss immer wieder beachten, wenn man Verkehrsregimes einführt. Beschränkungen erlässt, muss man immer den Rechtsmittelweg gehen. Das heisst, es gibt eine Publikation, und es gibt Einsprachemöglichkeiten. Dann muss nur einer nicht einverstanden sein und blockiert dies. Deshalb schlagen wir vor, dass man auch in einem solchen Prozess aufeinander hört und auf die einzelnen Benutzergruppen eingeht. Wir haben Anwohnerinnen und Anwohner, wir haben Lieferantinnen und Lieferanten, wir haben den öffentlichen Verkehr. Wir haben sogar den Milchexpress, also ganz vielseitige Nutzungen, die Collectors könnte man auch noch erwähnen, die sich in diesem Strassenraum bewegen. Der Raum ist knapp, und es gibt halt eine Konkurrenz von der Nutzung auf dem beschränkten Platz. Wir schlagen Euch vor, diesen Weg zu gehen, die Volksmotion ernst zu nehmen. Ich nehme diese Bedenken ernst. Als Bewohner dieses Quartiers habe ich sie auch, und ich sehe es auch bei uns oben, was es heisst, wenn Handwerker kommen. Heinz, Du weisst es, wenn im Fustlig Besucher kommen, die zum Säli-Schlössli fahren, und wenden. Deshalb habe ich vielleicht illegalerweise dieses Schild gemacht, und ich kann jetzt auch das Geheimnis, der Wegweiser zum Säli-Schulhaus hinauf am Kandelaber ist von mir, damit man einfach auch weniger Fremdverkehr hat. Wir beantragen Euch die Erheblicherklärung dieser Volksmotion und danken Euch für Eure Unterstützung.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Du hast dem jetzt Volksmotion gesagt. Es ist ein Volksauftrag, und ich finde, aufgrund der Erwägungen, wie es Noldi schon festgestellt hat, ist es eher ein Postulat. Ihr habt es aber nicht klar gesagt. Seht Ihr dies als Postulat? Es ist wahrscheinlich ein Postulat. Ihr nehmt nicht genau diesen Wortlaut. Ihr schlagt eigentlich den partizipativen Prozess vor.

Dr. Arnold Uebelhart: Entschuldigung, Du bist ja eigentlich mein Freund. Aber es ist jetzt etwas gummig dahergekommen. Im Laufe der Sanierungen der Strassen wird dies so kommen. Es ist ein Volksvorschlag, und wir müssen entscheiden, ob es eine Motion oder ein Postulat ist. Das ist in unserer Kompetenz. Ich denke, Herr Bächler war eigentlich einverstanden. Es ist halt immer schwierig. Es ist ein Postulat. Ich glaube, das müssen wir klarsehen, und das hat Fristen. Ich denke, in einem Jahr werden wir Vorschläge haben, ob eine Massnahme zu machen ist oder zu unterbleiben hat. Ich denke, Entschuldigung, Du darfst nicht sagen, wir werden dann schauen. Wir haben Fristen. Am 25. Juni 2021 müssen wir dies wissen. Was denkt Herr Bächler? Ja, das tönt jetzt so. Sie bauen hier und dort. Ich möchte dies schon nageln. Danke.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Noldi, das Thema ist halt einfach, dass es aufgrund der Antwort des Stadtrates ein Postulat ist. Er sagt auch nicht, was die Kosten sind. Das heisst, wir könnten gar nicht über eine Motion entscheiden. Es ist wirklich ein Postulat. Auch wenn man es unterstützt, könnte man dies nicht als Motion überweisen. Der Stadtrat nimmt es als Postulat entgegen.

Tobias Oetiker: Ein Postulat ist dann ein Postulat, wenn man vom Stadtrat etwas möchte, das in der Kompetenz des Stadtrates liegt. Dann ist es ein Postulat. Der Stadtrat entscheidet, und wir können nicht entscheiden. Auch das Volk kann nicht entscheiden, sondern der Stadtrat kann entscheiden, und wir können dem Stadtrat beliebt machen, dass er sich mit einem Thema auseinandersetzt und uns nachher darüber berichtet. Ich vermute, die Einführung einer solchen 20er-Zone ist in der Kompetenz des Stadtrates. Wenn es eine Motion wäre, läge es in unserer Kompetenz, in der Kompetenz des Parlaments, darüber zu entscheiden. Dann wäre es eine Motion. Wir können in diesem Sinne nicht entscheiden, ob es ein Postulat oder eine Motion ist, sondern das hängt an den Kompetenzen.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich fühle mich bestätigt. Es ist ein Postulat. Der Stadtrat schreibt, es ist der Vorschlag erheblich zu erklären. Ihr habt es etwas verpasst, dies entweder als Motion oder als Postulat zu beschreiben, so wie es eigentlich in der

Gemeindeordnung beschrieben wäre. Ich muss sagen, dass dies von Eurer Seite ein wenig unschön ist. Aber aufgrund der Erwägungen ist es ganz klar ein Postulat.

Beschluss

Mit 26 : 8 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird das Postulat erheblich erklärt.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich danke vor allem den Initianten, Herrn Bächler, der dies vorgestellt hat. Merci vielmals für die Teilnahme an diese Diskussion. Jetzt sind wir gespannt, was der Stadtrat präsentieren wird oder wie er hier vorgeht.

Mitteilung an
Direktion Bau, Kurt Schneider
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Stadtkanzlei, Vorstossliste

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Juni 2020

Prot.-Nr. 61

Änderung Traktandenliste

Parlamentspräsident Daniel Probst fragt, ob alle einverstanden sind mit einer Änderung der Reihenfolge der Traktanden. Er möchte den Vorstoss 9.12 Sommer 2020 jetzt als ersten ordentlichen Vorstoss behandeln, da der Sommer 2020 vor der Türe steht und im September bei der nächsten Parlamentssitzung schon vorbei sein wird. Es sind alle einverstanden, insbesondere die Interpellantin Corina Bolliger. Deshalb wird dieser Vorstoss vorgezogen.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Juni 2020

Prot.-Nr. 62

Interpellation Corina Bolliger (SP/JSP) betr. Sommer 2020 in Olten/Beantwortung

Am 24. Mai 2020 hat Corina Bolliger (SP/JSP) folgenden Vorstoss eingereicht:

«Es ist anzunehmen, dass in diesem Sommer viel mehr Bewohner*innen aus der Region ihre Freizeit in der lokalen Umgebung und der Innenstadt verbringen werden.

Die Menschen sollen sich sicher zu Fuss und mit dem Velo im öffentlichen Raum bewegen können. Deshalb bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Beabsichtigt der Stadtrat der Bevölkerung zusätzliche Platzangebote im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen? Wenn ja, wo? Wenn nein, weshalb nicht?
2. Werden dem Fuss- und Veloverkehr mehr Platz eingeräumt, damit den Passant*innen genügend Platz zur Verfügung steht, um sich an die Covid-19-Regeln halten zu können? Welche Massnahmen werden noch vor den Sommerferien 2020 umgesetzt?
3. Beabsichtigt der Stadtrat zusätzliche öffentliche Sitzgelegenheiten in der Innenstadt zu schaffen, damit ein attraktiver Aufenthalt auch ohne Konsumzwang unter Beachtung der Covid-19-Regeln möglich ist (Klosterplatz, Schützenmatte, beidseitige Aareufer, Parks, Innenstadt)? Wenn ja, wo? Wenn nein, weshalb nicht?
4. Ist der Stadtrat gewillt, **vorübergehend** einige Parkplätze aufzuheben, um Räume für den ungezwungenen Aufenthalt zur Verfügung zu stellen (z.B. Mittelspur auf der alten Aarauerstrasse zwischen Bifang und Fachhochschule, auf der Aarseite des Klosterplatzes)? Was sind die Argumente des Stadtrates für oder gegen diese Massnahme?
5. Wann geht der Ländiweg wieder auf und wird dort zusätzlicher Platz geschaffen?
6. Wann wird der Aareufer-Zaun in der Badi entfernt?»

- - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Attraktive öffentliche Räume sind auch ein grosses Anliegen des Stadtrates; aus diesem Grund wertet er unter anderem in Kürze den Stadtpark auf private Initiative hin durch einen Generationenspielplatz auf. Der Stadtrat stimmt zudem mit der Interpellantin überein, dass die Zahl der ortsabwesenden Personen in den kommenden Sommerferien geringer und die Abwesenheitsdauer für Ferien kürzer sein dürfte als in andern Jahren. Das bedeutet, dass die Zahl der Personen im öffentlichen Raum nicht wie in üblichen Jahren im Sommer stark absinken wird. Sollten sich die Annahmen des Stadtrates nicht bewahrheiten, kann relativ rasch mit entsprechenden Beschlüssen reagiert werden.

Zu den einzelnen Fragen:

1. *Beabsichtigt der Stadtrat der Bevölkerung zusätzliche Platzangebote im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen? Wenn ja, wo? Wenn nein, weshalb nicht?*

Der Stadtrat erwartet, dass das bestehende Platzangebot im öffentlichen Raum aus der oben genannten Überlegung heraus ausreicht. Einzelne Baustellen in der Innenstadt werden in den nächsten Wochen abgeschlossen, so dass auch dort Raum wieder zur Verfügung steht.

2. *Werden dem Fuss- und Veloverkehr mehr Platz eingeräumt, damit den Passant*innen genügend Platz zur Verfügung steht, um sich an die Covid-19-Regeln halten zu können? Welche Massnahmen werden noch vor den Sommerferien 2020 umgesetzt?*

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass dem Fuss- und Veloverkehr nicht mehr Platz eingeräumt werden muss, zumal sich die BAG-Vorschriften von Monat zu Monat lockern. Sollten sie sich wieder verschärfen, sinken auch die Frequenzen im öffentlichen Raum, wie sich in den vergangenen Wochen gezeigt hatte.

3. *Beabsichtigt der Stadtrat zusätzliche öffentliche Sitzgelegenheiten in der Innenstadt zu schaffen, damit ein attraktiver Aufenthalt auch ohne Konsumzwang unter Beachtung der Covid-19-Regeln möglich ist (Klosterplatz, Schützenmatte, beidseitige Aareufer, Parks, Innenstadt)? Wenn ja, wo? Wenn nein, weshalb nicht?*

Der Stadtrat hat Aussenrestaurants die Möglichkeit gegeben, ihre Flächen wegen der eingebrochenen Umsätze zu vergrössern. Diese Vergrösserungen werden derzeit trotz erfolgter leichter Lockerungen beibehalten. Es ist nun nicht vorgesehen, auch den verbleibenden Raum noch zu möblieren. Hingegen werden die in den letzten Jahren angeschafften Oltner Stühle wieder aufgestellt.

4. *Ist der Stadtrat gewillt, **vorübergehend** einige Parkplätze aufzuheben, um Räume für den ungezwungenen Aufenthalt zur Verfügung zu stellen (z.B. Mittelspur auf der alten Aarauerstrasse zwischen Bifang und Fachhochschule, auf der Aareseite des Klosterplatzes)? Was sind die Argumente des Stadtrates für oder gegen diese Massnahme?*

Mehr Personen in der Innenstadt bedeutet auch mehr Nachfrage für die Parkplätze. Im Interesse des lokalen Gewerbes, das unter der Corona-Krise stark gelitten hat, sieht der Stadtrat daher derzeit von einer Aufhebung von Parkplätzen ab. Kommt hinzu, dass die entsprechenden freigeräumten Zonen auch eine gewisse Attraktivität besitzen müssten, was beispielsweise bei der sogenannten «Mittelspur» auf der alten Aarauerstrasse nicht der Fall wäre.

5. *Wann geht der Ländiweg wieder auf und wird dort zusätzlicher Platz geschaffen?*

Der Ländiweg ist seit 6. Juni wieder offen.

6. *Wann wird der Aareufer-Zaun in der Badi entfernt?*

Der Aareufer-Zaun in der Badi wurde entfernt.

- - - -

Corina Bolliger: «Corona macht die Schweiz zum Veloland» (Tagi), «Die Schweiz erlebt einen Velo-Boom» (NZZ), «Die Schweiz hat umgesattelt» (SRF)... titelt der «Tagi» übers

SRF bis zum NZZ Bellevue. Und die folgende Antwort bekomme ich vom Stadtrat: «Der Stadtrat ist der Ansicht, dass dem Fuss- und Veloverkehr nicht mehr Platz eingeräumt werden muss». Ich bin nicht gehässig, aber schon etwas enttäuscht von den Antworten des Stadtrates. Die Aussage wird denn auch von einer aktuellen Mobilitäts-Studie der ETH Zürich, die GPS-Daten ausgewertet hat, entkräftet. Folgendes Fazit kann gemacht werden: «Die zurückgelegten Strecken haben sich seit dem Lockdown fast verdreifacht. Und die Frauen sitzen mittlerweile sogar länger auf dem Velo als im Auto – und länger als die Männer». Bei dieser Studie sind auch Daten aus dem Kanton Solothurn ausgewertet worden. Das Velo ist also das ideale Transportmittel während der Corona-Epidemie und weil wir nicht wissen, wie lange sie andauert, sollten wir dringendst etwas für die Attraktivierung dieses Fortbewegungsmittels tun und zwar nicht nur in Form von Abstellplätzen oder «Gemischt-Verkehrs-Wegen», sondern in Form von realen, sicheren und verbundenen Velowegen durch die ganze Stadt. Und nicht nur in Anbetracht der Corona-Krise, sondern auch in Zukunft blickend in eine Krise, die uns noch viel mehr einschränken wird: ... Die Klimakrise, ist das Velo ein Vehikel, das man dringend fordern sollte. Zu den weiteren Antworten über öffentliche Räume im Allgemeinen möchte ich noch sagen: Es gibt noch einen Haufen anderer Interessengruppen, die auch gern so ernst genommen werden würden, wie das lokale Gewerbe. Ich bin aber froh, dass viele Absperrungen in der Stadt wieder entfernt wurden, weil Zäune ja nur dazu dazu sind, Menschen voneinander zu trennen. Merci vielmals.

Daniel Kissling: *Keine Tonaufnahme vorhanden.*

Luc Nünlist: Corinas Aussage war absolut eindeutig und unmissverständlich. Einen weiteren Gedanken möchte ich in diesem Zusammenhang noch anfügen: Die Badi kostet uns jedes Jahr Geld, sie ist ein Service public. Ich möchte mich an dieser Stelle dagegen aussprechen, dass die Badi gewinnorientiert oder auch kostendeckend geführt werden muss. Im Zuge der Sparmassnahmen wurde die Zitrone ausgepresst wo es nur geht. Mit etwas Distanz ist es aber auch lohnenswert, sich wieder zu überlegen, welches Angebot und wie viel Umverteilung uns das wert ist. Die Badi kostet uns etwa zwei Steuerprozent und wir nehmen mit ihr etwa 1.5 Steuerprozent wieder ein. Sie ist also ein Angebot, das wir also etwas mit 0.5 Punkten beziffern können.

Mitteilung an
Direktionsleiter der entsprechenden Direktion
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Stadtkanzlei, Vorstossliste

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Juni 2020

Prot.-Nr. 63

Überparteiliche Motion betr. Energiestadt Gold bis 2024/Beantwortung

Florian Eberhard (SP/JSP) und Raphael Schär (GO) haben zuhanden der Parlamentssitzungen vom 20. und 21. November 2019 eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, auf der Basis des Reaudits 2020 für das Label Energiestadt dem Parlament einen Massnahmenkatalog vorzulegen, der dazu geeignet ist, um das Label «Energiestadt Gold» beim darauffolgenden Reaudit zu erwerben.

Begründung:

Olten ist als eine von 421 Schweizer Gemeinden als Energiestadt zertifiziert. Städte, die mindestens 75 Prozent der Massnahmen des beim Zertifizierungsverfahren erstellten Katalogs umgesetzt haben, werden mit dem European Energy Award GOLD ausgezeichnet.

In der Interpellation der Grünen vom 27. September 2018 war ersichtlich, dass das Potential vorhanden ist um im Reaudit, welcher voraussichtlich 2024 stattfindet, das Label Energiestadt Gold zu erreichen. In den Bereichen Kommunikation & Kooperation, Mobilität sowie Versorgung & Entsorgung bestehen die grössten Defizite. Aber auch in den anderen Dimensionen des Spinnendiagramms (Entwicklungsplanung & Raumordnung, interne Organisation und Kommunale Gebäude & Anlagen) soll eine Verbesserung erreicht werden, um über die Grenze von 75 % des energiepolitischen Potentials zu kommen.

Die Ausgestaltung der notwendigen Massnahmen und die Schwerpunkte sehen wir in der Kompetenz des Stadtrats. Im Beschlussesantrag sollen die vom Stadtrat vorgesehenen Massnahmen mit den Kostenfolgen dem Parlament zum Entscheid vorgelegt werden.»

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet die Motion im Namen des Gesamtstadtrates wie folgt:

Das Label Energiestadt Gold ist auch für den Stadtrat erstrebenswert, da dieses eine qualitativ höhere Auszeichnung für geleistete Massnahmen im Rahmen des energiepolitischen Handlungspotenzials darstellt. Diese hat auch eine grössere Ausstrahlungskraft, da nur circa 10% der Energiestädte diese Auszeichnung aufweisen. Olten hat sich beim letzten Reaudit im Jahre 2016 im Vergleich zu den Vorjahren leicht verbessert.

Im Jahre 2020 steht die nächste Rezertifizierung an. Entsprechende Vorbereitungen wurden bereits am 2.11.2019 gestartet. Höchste Priorität haben für den Stadtrat, dass der am letzten Reaudit erreichte Wert im 2020 gehalten werden kann. Da eine Gold-Zertifizierung im Jahr 2020 mit den gegenwärtig eingesetzten Ressourcen für die Kommunikation und den Immobilienunterhalt nicht realistisch ist, wurde dies auch nicht mit dem Regierungsprogrammes 2017-2021 angestrebt.

Um im Jahr 2024 das Gold-Zertifizierung zu erreichen, ist insbesondere im Bereich «Kommunikation und Kooperation ein wesentlich grösseres Engagement erforderlich. Nach der Neuorganisation im Jahr 2014 wurden diese operativen Aufgaben der Umwelt- und Energiefachstelle auf verschiedene Abteilungen aufgeteilt und damit personelle Ressourcen für diese Aufgabe reduziert. Der systematische Austausch mit den Schulen, Unternehmungen, Hauseigentümer/innen und der breiten Bevölkerung müsste ausgebaut werden, um das Gold-Audit zu erlangen. Das bedingt zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen.

Im Bereich Mobilität ist die Stadt bei den angestrebten grossen Bauprojekten (z. B. Bahnhof Olten) von anderen Entscheidungsträgern insbesondere vom Kanton sowie der SBB abhängig. Diese Projekte sind zudem langwierig und erfordern grosse Investitionen. Auch die Auswirkungen dieser Massnahmen werden bei einer Umsetzung erst in ein paar Jahren in der Bewertung der Energiestadt Olten sichtbar werden. Wichtig ist selbstverständlich die Umsetzung des Parkierungsreglements und Mobilitätsplans, wofür auch politische Entscheide und Ressourcen nötig sind.

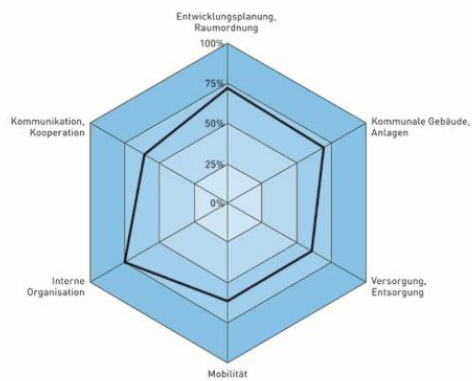
Um den Bereich «Versorgung und Entsorgung» voran bringen zu können, braucht es Ausrichtung auf erneuerbare Energien in der Strom- sowie in der Wärmeversorgung. Die grösste Herausforderung spielt dabei die Wärmeversorgung. So hat zum Beispiel die Stadt Aarau das Label Energiestadt Gold dank der grossflächigen Versorgung der Stadt mit erneuerbarer Wärme erreicht. Aktuell sind in Olten wenige kleinflächige Wärmeverbünde (bspw. Bornfeld durch sbo / a.en) realisiert. Die sbo / a.en verfolgt die Absicht dieses Angebot noch auszubauen. Aktuell plant die AEW einen grossflächigen Wärmeverbund mit erneuerbarer Energie auf der rechten Aareseite. Einer raschen Umsetzung steht die kantonale Gesetzgebung entgegen, welche voran einen Erschliessungsplan fordert. Weitere Bestrebungen betreffen die Energieversorgung in den Arealen Bahnhof Nord (Ziel: Wärme-/Kälteverbund) und Olten SüdWest. Die Auswirkungen dieser Massnahmen werden bei einer Umsetzung denn auch erst in ein paar Jahren in der Bewertung der Energiestadt Olten sichtbar werden. Dagegen wirken sich die jüngsten Massnahmen der sbo / a.en (Standard Strommix 100 % erneuerbar, Ladestationen Elektrofahrzeuge) positiv in der Bewertung für die Rezertifizierung 2020 aus, wie auch die Erhöhung des Biogasanteils von 15% auf 20% per 1. Januar 2020.

Für den Stadtrat einer Energiestadt ist es eine Daueraufgabe, in Abstimmung mit den vorhandenen Ressourcen, eine ständige Verbesserung des Energiestadtlabels zu erreichen. Ob es 2024 für das Goldlabel reicht, ist von den politischen Entscheiden zu einzelnen Projekt- und Ressourcenanträgen, welche für diese Aufgabe eingesetzt werden, abhängig.

Aufgrund der vorerwähnten Darlegungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Motion als erheblich zu erklären und den entsprechenden Ressourcenbedarf im Budgetprozess aufzuzeigen.

- - - -

Spinnendiagramm



Interpretation

Das Spinnendiagramm stellt dar, welchen Anteil (in %) ihres energiepolitischen Handlungspotenzials die Stadt Olten ausschöpft. Um das Label Energiestadt zu erhalten, muss eine Gemeinde 50% ihres Potenzials ausschöpfen, für das Label European Energy Award GOLD 75%. Die Stadt Olten erreichte 2016 einen Anteil von 67%.

Grafik: Spinnendiagramm aus dem Reaudit 2016.

Florian Eberhard: Merci, Thomas, für die Beantwortung unserer Motion. Wir sind sehr erfreut über die Antworten und die Bereitschaft des Stadtrates, sich des Themas anzunehmen. Wir spüren mittlerweile ein wenig mehr Willen des Stadtrates, die Thematik des Klimawandels aufzunehmen, sowohl bei dieser Motion, bei der Jahresmedienkonferenz mit dem angekündigten Massnahmenplan oder gestern beim Schulhaus mit der Photovoltaik-Anlage. Ihr habt euch ja auch schon relativ klar dazu geäussert, dass Ihr das Ziel der Energiestadt Gold erreichen wollt und auch aufgezeigt, wie dies umzusetzen wäre. Danke dafür. Ich hoffe, Ihr habt den Mut, dies auch wirklich so weiterzuverfolgen, wir würden uns sehr freuen! Was bei uns beiden für Verwirrung gesorgt hat, ist die Formulierung des letzten Satzes „Aufgrund der vorerwähnten Darlegungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Motion als erheblich zu erklären und den entsprechenden Ressourcenbedarf im Budgetprozess aufzuzeigen“. Unserer Meinung nach liegt die Aufgabe des Aufzeigens des Ressourcenbedarfs beim Stadtrat, wenn er zuhanden des Parlaments vorlegt, wie die Motion umgesetzt werden kann und nicht, dass von uns bei der Budgetdebatte Anträge gestellt werden müssen. Natürlich werden wir Euch im Budgetprozess gerne unterstützen. Ihr habt an der Stadtratssitzung anfangs Mai ja schon einmal interessante Zielsetzungen formuliert. Wenn ihr diese umsetzt, kommt dies gut! Wir finden, dass es sich lohnt, für die Erreichung des Gold-Standards eng mit der a.en zusammen zu arbeiten. So wie wir gehört haben, wird das ja auch gemacht und die Stadt schneidet beim diesjährigen Audit schon besser als beim letzten ab, was wir sehr erfreulich finden.

Raphael Schär, Fraktion Grüne: Danke an den Vorredner. Ich stimme mit den Aussagen natürlich überein. Wir sind erfreut, dass der Stadtrat den Weg in Richtung Energiestadt Gold gehen will. Als wir das Votum schrieben, dachten wir noch, dass wir bald Resultate haben werden. Nun haben wir sie bereits. Wir möchten Thomas Marbet fragen, ob er da einen Einblick geben kann. Es ist wichtig, dass die Zielvorgabe auch gelebt wird und nicht wie zum Beispiel beim Schulhausprovisorium wiederum eine fossile Lösung gewählt wird.

Reto Grolimund: Die FdP war in dieser Frage gespalten. Eine Mehrheit hat schliesslich der Motion zugestimmt. Aber es wird heute sicher auch Gegenstimmen von uns geben. Warum? Weil wir uns am Schluss auch noch nicht sicher waren: Was genau bringt der Stadt Olten ein Energiestandard Gold? Was ist der Energiestandard Gold? Was bezweckt dieses Label? Wollen wir überhaupt, dass die Stadt Olten dieses Label hat, also ist es ein Ziel? Eigentlich ist es dies ja nicht. Und das ist übrigens eine schlaue Haltung, denn, wenn man nachschaut, was dieser european energy award, diese Energiestädte, eigentlich erreichen wollen, findest man nicht Konkretes. Das Ziel ist einfach, dass europäischen Städten und Gemeinden auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft unter die Arme gegriffen wird. Wie? Mit einem statischen Massnahmenkatalog. Und der enthält auch Massnahmen, hinter welchen die FdP Olten nicht stehen kann. Die Befürworter hielten dagegen, dass die Motion zwar beabsichtigt, den Goldstandard zu erreichen, aber schliesslich in einem Massnahmenkatalog resultieren wird. Wenn man den Massnahmenkatalog hat, können wir hier drin wieder über Sinn und Unsinn der Massnahmen diskutieren. Es ist ja so, und das ist es, was falsch ist, dass die letzte Motion des letzten Jahres, die wir im Januar diskutiert haben, ein genau gleiches Ziel verfolgt hat, nämlich rauszufinden, mit welchen Massnahmen wir in der Stadt Olten Netto-Null-CO2-Ausstoss erreichen? Die Stadt ist diesbezüglich bestimmt schon aktiv. Thomas, vielleicht kannst Du dort auch gleich noch einhängen, was dort der Stand ist, und wir erhoffen uns da draus eigentlich auch einige Synergien. Bei diesen Massnahmenplänen CO2 und bei einem Massnahmenplan energy award gold. Weil ich persönlich lieber über Fakten diskutiere, bin ich auch sicher, dass der Massnahmenplan, wenn er denn erarbeitet würde, Überraschungen für Befürworter und Gegner bereithalten wird. Ich würde mich eigentlich freuen, mit Euch hier darüber zu debattieren. Aber ich fasse zusammen: Die FdP ist in dieser Frage gespalten.

Muriel Jeisy: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion findet es auch ein erstrebenswertes Ziel und sicher einen guten Weg, den man gehen kann. Wir können uns aber auch vorstellen, dass der Zeitplan ehrgeizig werden könnte. Da sind wir auch sehr gespannt, weil wir ja nicht

wissen, wo wir beim jetzigen Audit und Informationen dazu genau stehen. Wir möchten dies aber sicher unterstützen, denken dann einfach, dass vielleicht der eine oder andere Knackpunkt noch kommen könnte, wenn es um effektive Massnahmen geht, wenn man es konkreter weiss, und auch die Vor- und Nachteile abschätzen kann. Aber auch wir freuen uns auf die Debatte dazu und werden die Motion einstimmig erheblich erklären.

Tobias Oetiker, Olten jetzt!: Wie Reto schon gesagt hat, haben wir ja bereits das Netto-Null-Ziel als Motion erheblich erklärt. Von daher passt dies gut. Da ergeben sich sicher auch Synergien. Von je mehr Seiten das Problem mit der Energie angegangen wird, umso besser. Wir sind dafür.

Ursula Rüegg, SVP-Fraktion: Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung und sind auch der Ansicht, dass bei neuen Bauvorhaben, Sanierungen oder Umsetzungen von Mobilitäts- und Konsumvorhaben Wert daraufgelegt werden soll, eine qualitative und quantitative Verbesserung im Bereich des Energieverbrauchs zu erlangen. Uns scheint aber auch der Zeithorizont unrealistisch. Bis ins Jahr 2024 scheint es uns unmöglich, das Goldlabel zu erhalten. Auch sind wir vom Nutzen des Labels als solches nicht überzeugt. Wir können uns aber anfreunden, dass einzelne Massnahmen, vor allem, wenn sie sowieso anstehen, im Budgetprozess aufgenommen werden und in diesem Zusammenhang diskutiert und angeschaut werden können. Aufgrund der Tatsache, dass wir dem Stadtrat durchaus zutrauen, dass er sich bewusst mit der Klimathematik auseinandersetzt und dieser bei künftigen Vorhaben die nötige Beachtung schenkt, sind wir der Ansicht, dass die Motion als solche nicht erheblich erklärt werden soll. Dankeschön.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich kann Euch noch das Resultat aus dem jetzigen Rating, aus der Zertifizierung, bekanntgeben, die trotz Corona stattgefunden hat. Mit Mail vom 17. Juni wurde uns bekanntgegeben, dass wir 340,9 Punkte erreicht haben. Wenn man dies in diese Noten, wenn man so will, umwandelt, gibt dies für 2020 68,9 %. Das ist gegenüber der früheren Zertifizierung eine Erhöhung von 2,1 Punkten. Dort hatten wir 66,8, jetzt sind wir bei 68,9 Prozentpunkten. Übrigens noch zur Information: Das Goldlabel braucht dann 75 %. Es sind eben nicht Punkte. Es wird etwas anders gerechnet. Das heisst, wir haben uns diesem Ziel oder dieser Marke angenähert, sind aber noch ein Stück weit weg. Deshalb hat sich der Stadtrat ja auch zu diesem Ziel bekennt, dass man es anstrebt. Wir sind auch auf gutem Weg. Es hat sich jetzt tatsächlich auch einiges wieder überholt. Der Biogasanteil im Standardprodukt, das Ihr beziehen könnt, ist jetzt nicht mehr 20 %. Es sind jetzt schon 25 %. In der Zwischenzeit ist ja auch die Photovoltaikanlage am Hausmattrain etwas, das mit dem Bürgerbeteiligungsmodell angegangen wird, was uns natürlich in diesem Rating auch vorwärtsbringt. Ganz am Schluss gibt es vielleicht Verwirrung wegen eines Kommas, das fehlende Komma. Das ist hier auch etwas das Thema. Es ist nämlich nicht die Idee, dass das Gemeindeparlament uns aufzeigt, welche Massnahmen es braucht, um diese Verbesserung zu erzielen. Es müsste nach „zu erklären“ wahrscheinlich ein Komma stehen. Dann heisst der Satz „Aufgrund der vorerwähnten Darlegungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeinde-parlament...“ und Euch den entsprechenden Ressourcenbedarf im Budgetprozess aufzuzeigen und nicht umgekehrt. Entschuldigung für die sprachliche Korrektur. Die Massnahmenpläne müssen in verschiedenen Bereichen erarbeitet werden, beispielsweise auch im Gebäudeteil, im Unterhalt Hochbau. Wenn wir eine Wärmedämmung an den Schulhäusern oder überhaupt an den Liegenschaften der Stadt vornehmen müssen, kann dies einen Investitionsbedarf auslösen. Das meinen wir mit aufzeigen, was es dann auch braucht, um dort Verbesserungen zu erreichen. Wir sind ja auch mit dem Parkleitsystem unterwegs, etwas, das sich jetzt aus verschiedenen Gründen auch ein wenig verzögert hat. Auch dies wird uns weiterbringen, wir den Parksuchverkehr reduzieren, generell die Mobilität. Das Parkplatzangebot ist auch ein Thema, das hier natürlich hineinspielt. Es wurde in der Stadt allerdings auch schon kontrovers diskutiert. Diese Massnahmen werden wir aufzeigen, genau wie auch die Massnahmen zur Reduktion des CO₂-Fussabdrucks. Da werden wir den Start mit der externen Unterstützung, die Ihr uns auch zugestanden habt, in der ersten Woche nach den Sommerferien haben.

Beschluss

Mit 29 : 11 Stimmen wird die Motion erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Bau, Kurt Schneider
Direktion Bau, Urs Kissling
Direktion Bau, Markus Lack
Stadtkanzlei, Andrea von Känel
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Juni 2020

Prot.-Nr. 64

Interpellation Fraktion Grüne betr. Plastiksammlung/Beantwortung

Die Fraktion Grüne Olten hat zuhanden der Parlamentssitzungen vom 20. und 21. November 2019 eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Seit einigen Jahren wir in Olten der Plastikabfall beim Werkhof zurückgenommen. Wir haben dazu folgende Fragen:

1. *Wie hat sich die Menge an zurückgebrachtem Plastik in den letzten Jahren entwickelt?*
2. *Was passiert mit dem gesammelten Plastik?*
3. *Ab welcher Menge wäre eine wöchentliche, zweiwöchentliche oder monatliche Sammlung sinnvoll?*
4. *Wie positioniert sich der Stadtrat zum Thema Nutzen des Sammelns von Plastikabfällen?»*

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Thomas Marbet** den Vorstoss wie folgt:

Zur Beantwortung der einzelnen Fragen:

Zu Frage 1:

Wie hat sich die Menge an zurückgebrachtem Plastik in den letzten Jahren entwickelt?

Die Plastiksammlung wurde im Mai 2014 eingeführt und erfreut sich einer grossen Beliebtheit. Seit 2015 werden die Mengen erfasst.

Folgende Mengen wurden gesammelt;

- 2018 41.1 t
- 2017 39.5 t
- 2016 33.5 t
- 2015 13.5 t

Zu Frage 2:

Was passiert mit dem gesammelten Plastik?

Der im Werkhof gesammelte Kunststoff wird in Aarau gepresst und geht anschliessend nach Rheinfelden (Deutschland) zur Firma Vogt. Dort wird der Kunststoff mittels einer Multisensoranlage sortiert und zwischen 50 und 60 % zu Granulat verarbeitet, der Rest wird thermisch verwertet.

Zu Frage 3:

Ab welcher Menge wäre eine wöchentliche, zweiwöchentliche oder monatliche Sammlung sinnvoll?

Im Schnitt gibt es im Moment ca. 790 kg Kunststoffabfall pro Woche. Unter Berücksichtigung der ökologischen und wirtschaftlichen Aspekte müsste sich die Menge mindestens verdreifachen, um eine entsprechende Haustürsammlung durchzuführen.

Zu Frage 4:

4. Wie positioniert sich der Stadtrat zum Thema Nutzen des Sammelns von Plastikabfällen?

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Thematik bezüglich Nutzen und des Prozentsatzes der gewonnenen Kunststoffrecyclate kontrovers diskutiert wird. Die Stadt Olten hat als erste Gemeinde im Kanton Solothurn diese Kunststoffsammlung eingeführt, dies um die entsprechende Technologie zu fördern und einen Teil des Kunststoffes in den Wertstoffkreislauf zurückzuführen. Seit der Einführung der Sammlung hat sich dieser Anteil wesentlich gesteigert und es sind Überlegungen im Gange, im Schweizerischen Mittelland eine entsprechende Kunststoffsortieranlage zu erstellen.

Die Sättigungsgrenze beim Recycling ist noch lange nicht erreicht. Schon gar nicht beim Plastik. Nur 11 % Plastikabfälle werden in der Schweiz recycelt. Die Stadt Olten will ihren Beitrag dazu leisten, dass möglichst viele der Kunststoffabfälle aus den Haushalten und dem Gewerbe primär einer stofflichen Verwertung zugeführt werden und die nicht verwertbaren qualifiziert thermisch verwertet werden.

- - - -

Raphael Schär: Besten Dank auch für diese Beantwortung der Fragen. Wir sind mit den Antworten zufrieden, um dies schon vorweg zu nehmen, und freuen uns auch, dass das Interesse beim Plastikrecycling gewachsen ist, dass man hier sieht, dass die Zahlen steigen. Das war sehr sauber dargelegt. Ich habe eigentlich nur eine Frage. Wir haben gefragt «Ab welcher Menge wäre eine wöchentliche, zweiwöchentliche oder monatliche Sammlung sinnvoll»? Dann hiess es «Im Schnitt gibt es im Moment ca. 790 Kilogramm Kunststoffabfall pro Woche». Es würde sich dann lohnen, wenn sich diese Menge verdreifacht. Meine Frage zurück, wenn ich sie noch so stellen darf, ist, ob es sich bereits heute lohnen würde, wenn wir dies monatlich machen würden. Wir könnten es auch alle drei Wochen machen. Aber das ist etwas doof, aber monatlich wäre dann schon eine Woche mehr als dreimal. Dies vielleicht noch eine Frage zurück, bei der ich mich über eine Antwort freuen würde. Prinzipiell gehe ich davon aus, wenn wir dies monatlich machen, würde sich dies zum Beispiel in Altpapier, Karton einreihen, damit es die Attraktivität weiterhin steigert und vielleicht der Eine oder Andere nicht mehr mit dem Auto in den Werkhof fährt, um einen Sack abzuliefern, was sowieso ein wenig absurd ist, wenn man es zum Beispiel Collectors mitgeben könnte, und es würde generell die Akzeptanz steigern. Merci für eine kurze Einschätzung zu dieser Frage.

Daniel Kissling: Wir von Olten jetzt danken den Grünen für die Interpellation und sind ehrlich gesagt ein wenig erstaunt, vor allem über die Formulierung der Antwort, dass es sehr stark genutzt wird, was auch im OT so erwähnt wurde. Wir glauben, dass diese Menge, die vielleicht etwa zwei oder drei Lastwagen entspricht, nicht unglaublich gross ist, die viel genutzt wird. Es ist natürlich gut. Jeder einzelne Plastiksack ist besser als keiner. Wir möchten uns dort eigentlich Raphael Schär anschliessen, dass wir beliebt machen würden,

dass man dies einmal in einer Testphase machen könnte, dass man die Plastiksammlung abholen lässt, vielleicht zusammen mit dem Müll. Wir haben uns auch überlegt, was dort die Schwächen sein könnten. Vielleicht hilft gerade, dass es ein eigener Sack ist, den man auch speziell kaufen muss, dass die Leute dies nicht verwechseln und versuchen, dies sauber zu machen. Dazu ist es natürlich attraktiver, wenn man ihn hinausstellen kann, anstatt ihn bringen zu müssen. Wer jetzt immer noch behauptet, dass dann ganz viel falscher Müll in diesen Plastiksäcken landen würde, wenn man sie aktuell zum Werkhof bringt, steht ja auch nicht jemand dort und sagt, das ist falsch, was man eingefüllt hat, sondern man kann es einfach dort ablegen und es kann auch drin sein, was drin sein kann. Es würde auch keinen Unterschied machen. Wir stimmen Raphael Schär zu und würden beliebt machen, dass man dies vielleicht in einer Testphase einmal machen könnte. Es wäre auch ein Zeichen. Wahrscheinlich wäre Olten eine Pionierstadt, was dies anbelangt, jedenfalls sicher unter den ersten, die dies einführen würden.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Wir haben festgestellt, dass der Interpellant befriedigt ist.

Mitteilung an
Direktion Bau, Kurt Schneider
Direktion Bau, René Wernli
Direktion Bau, Markus Lack
Stadtkanzlei, Andrea von Känel
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Juni 2020

Prot.-Nr. 65

Interpellation Matthias Borner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Littering-Hauptzonen Olten/ Beantwortung

Die Fraktion SVP Olten hat zuhanden der Parlamentssitzungen vom 20. und 21. November 2019 eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«An jedem Montagmorgen bietet sich ein unschönes Bild bei den Entsorgungssammelstellen unserer schönen Stadt. Obwohl die Tonnen nicht gefüllt sind, stellen Leute den Abfall nebendran und nutzen den Platz auch für Hausrat. Mit Flaschen gefüllt liegen ganze Säcke neben den Behältern. Dies ist inakzeptabel und für mich unverständlich, wie sich dies jede Woche wiederholen kann. Viele Leute nehmen es schon als gegeben hin und unser Werkhof muss diese ungewollten Abfallstellen immer wieder räumen. Ich habe dafür kein Verständnis und dies gibt für unsere Stadt ein schlechtes Bild ab. Zudem belastet es unseren Werkhof mit weiteren Aufgaben und bindet wertvolle Kapazitäten. Darum stellen sich für mich ein paar Fragen bezüglich dieses Umstandes:

1. *Gibt es weitere Punkte in der Stadt, wo sich jede Woche Müll ansammelt, welche?*
2. *Wie viele kg Abfall bzw. umgerechnet auf 35l-Abfallsäcke wird pro Woche widerrechtlich entsorgt?*
3. *Wie hoch ist der Aufwand für den Werkhof?*
4. *Gibt es bereits Massnahmen, um diese Abfallansammlungen zu verhindern?*
5. *Wie könnten weitere Massnahmen aussehen?*
6. *Wie hoch wären die Kosten und die Wirksamkeit dieser Massnahmen?*
7. *Was sagen die Werkhofangestellten? Wie könnte man das Problem vermindern? »*

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Thomas Marbet** den Vorstoss wie folgt:

Zur Beantwortung der einzelnen Fragen:

Zu Frage 1:

Gibt es weitere Punkte in der Stadt, wo sich jede Woche Müll ansammelt, welche?

Es gibt in der Stadt diverse Brennpunkte bezüglich Littering und illegaler Hauskehrrichtentsorgung. Dies nicht nur an den Wertstoffsammelstellen, sondern auch in den

Parkanlagen, dem Friedhof, an den Abfalleimern in der Aarauerstrasse, entlang der Aare an der Gösgerstrasse, dem Ländiweg und dem Schützenmattweg, in der Industrie im Hasli, im Naherholungsgebiet in Ruppoldingen und in der Innenstadt auf dem Platz der Begegnung und weitere.

Zu Frage 2:

Wie viele kg Abfall bzw. umgerechnet auf 35l-Abfallsäcke wird pro Woche widerrechtlich entsorgt?

Wir können von folgenden jährlichen Entsorgungszahlen im öffentlichen Raum sprechen:

2019: 182'720 kg (Zahlen Dezember noch nicht vorhanden, Schätzung analog Vorjahre)
2018: 199'370 kg
2017: 186'470 kg
2016: 184'200 kg

entspricht pro Woche

2019: 3'513 kg (Zahlen Dezember noch nicht vorhanden, Schätzung analog Vorjahre)
2018: 3'834 kg
2017: 3'585 kg
2016: 3'542 kg

Wir gehen von einer wöchentlichen Abfallmenge von etwas über 200 35l-Säcken aus, die widerrechtlich entsorgt werden. Dies entspricht ca. 1 t Abfall.

Zu Frage 3:

Wie hoch ist der Aufwand für den Werkhof?

Die 5 Mitarbeitenden der Reinigungsgruppe, die in diesem Bereich tätig sind, setzen ca. ein Viertel ihrer Arbeitszeit für die Entsorgung illegaler Abfälle und gegen Littering ein. Dies entspricht ca. 60 Std. Aufwand pro Woche.

Zu Frage 4:

Gibt es bereits Massnahmen, um diese Abfallansammlungen zu verhindern?

Der Werkhof versucht mit den jährlichen Aktionen gegen das Littering auf die Problematik hinzuweisen und die Einwohner/innen zu sensibilisieren wie zum Beispiel Plogging Events, Vorträge und Plakataktionen etc. Bei den illegalen Entsorgungen wird der Kehrriem nach Hinweisen durchsucht, welche Rückschlüsse auf die Entsorger zulassen. Werden solche gefunden, wird Anzeige bei der Polizei erstattet.

Zu Frage 5:

Wie könnten weitere Massnahmen aussehen?

Weitere Massnahmen sind die Einführung von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen und Festivitäten. Ebenfalls das Schaffen von gesetzlichen Grundlagen zur Verbotung von Plastiksäcken, die zur Entsorgung missbraucht werden können, oder auch, dass sich Imbissbudenbetreiber am Aufwand oder den Kosten für die erhöhte Reinigung in ihrem Umfeld beteiligen müssen. Weiter könnten mit mobilen Kameras die Schwerpunkte temporär überwacht werden, um Wildentsorger zu überführen und nach dem Litteringgesetz zu verfolgen.

Zu Frage 6:

Wie hoch wären die Kosten und die Wirksamkeit dieser Massnahmen?

Die Kosten einer mobilen Kameraeinheit betragen Fr. 20'000.-, zu regeln sind hier insbesondere das Handling und die rechtlichen Aspekte. Die anderen Massnahmen sind ohne Kostenfolge, da die Kosten für Mehrweggeschirr durch den Veranstalter oder Nutzer getragen werden.

Zu Frage 7:

Was sagen die Werkhofangestellten? Wie könnte man das Problem vermindern?

Die Mitarbeitenden des Werkhofes sind der Auffassung, dass es die Aufklärung und Prävention ebenso braucht wie das Durchsetzen des Litteringgesetzes. Dazu sind die entsprechenden Mittel einzusetzen und das Gesetz durch die Polizei durchzusetzen.

- - - -

Matthias Borner: Merci vielmals für die Beantwortung meiner Fragen. Ich muss sagen, dass mir dieses Problem nicht so bewusst war. In Olten wird jede Woche eine Tonne Abfall illegal entsorgt, und der Werkhof wendet pro Woche 60 Stunden für illegalen Müll auf. Nachhaltigkeit ist in aller Munde, und alle wählen grün wie noch nie. Aber der Abfall, der einfach so draussen deponiert wird, ist konstant geblieben. Im Budget der letzten Jahre kann man nachschauen, dass im Konto 73.01 Abfallbeseitigung jedes Jahr Kosten für Honorare, externe Berater und Experten ausgegeben werden. 2014 waren dies Fr. 69'000.—. Seitdem hat man jedes Jahr etwa in dieser Höhe ausgegeben. Für 2020 sind hier wiederum Fr. 70'000.— budgetiert worden. Wenn ich die Abfallzahlen anschau, frage ich mich schon, ob man die Wirksamkeit dieser Fr. 70'000.— jemals hinterfragt hat. Diese Zahlen haben sich nicht verbessert. In diesen Fr. 70'000.— hätte es auch Platz für eine solche mobile Kamera. Vielleicht könnte man sich auch einmal Kurzeinsätze für Leute, die gerne etwas dazu verdienen möchten, überlegen. Die Antwort wäre laut Stadtrat entweder der Sanktionsweg, Videoüberwachung oder Kostenbeteiligung von Imbissläden. Das war für mich natürlich schon ein wenig ernüchternd. Meine Meinung dazu ist, dass die effektivste nicht staatliche Massnahme eigentlich Erziehung wäre so wie die soziale Kontrolle. Vielleicht kann ja hier die SIP, die wir in diesem Rat bewilligt haben, eine Verbesserung erwirken. Es würde sicher alle freuen, wenn man dieses Problem verbessern könnte und wir eine saubere Stadt haben. Merci vielmals.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Der Interpellant ist von der Antwort befriedigt.

Christian Ginsig, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Uns ist auch aufgefallen, dass eigentlich sehr viele Vollzeitstellen für die Behebung von Littering eingesetzt werden. 60 Stunden haben wir vorhin gehört. Es sind zwischen einer und anderthalb Vollzeitstellen, die in der Stadt Olten doch recht viel Geld auslösen. Wir hätten angeregt, und dies einfach nicht, dass wir noch einen weiteren Auftrag eingeben, aber dies kurz mündlich, es gibt heute entsprechend technische Apps von Anbietern. Das Ding nennt sich zum Beispiel in Winterthur Stadtfinder. Dies wird auch in anderen Städten sehr erfolgreich eingesetzt. Die Bevölkerung hat die Möglichkeit, mit dem Smartphone nicht nur Littering, sondern auch Störungen, Defekte kurz melden zu können und dass dann eben ganz gezielt auch Littering behoben werden kann. Wir denken, das wäre ein guter Weg. Wenn man es nur fertigbringt, allfällig durch ein wenig mehr Effizienz 20 bis 30 Stellenprozente reduzieren und sich um andere Sachen kümmern zu können, wäre dies ein guter Weg. Die Initiierungskosten einer solchen App haben wir abgeklärt. Sie sind sehr bescheiden, und wir würden dies dem Stadtrat gerne einfach so als Hinweis mitgeben. Merci.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Matthias, wir sind als kleinste Fraktion hier. Wir sind ja nicht einmal in allen Kommissionen vertreten oder Muriel? Wir wären froh, es würden noch etwas mehr Leute grün wählen und uns in unseren Anliegen unterstützen. Vielleicht kommt es ja noch einmal. Auf jeden Fall möchten wir gerne Folgendes sagen: Ich

glaube, es ist ein Allgemeinplatz in den lebendigen Gemeinwesen, wo alle an den attraktiven Plätzen mit Littering zu kämpfen haben, dass man dies am besten bekämpft, indem man es möglichst schnell wegräumt. Das kostet halt etwas, und das müssen wir als Gemeinschaft einmal tragen. Selbstverständlich braucht es andere Massnahmen. Ein paar sind hier ja auch erwähnt. Die Prävention, Aufklärungskampagnen etc. etc., und ich glaube, gerade die Leute, die an der Front arbeiten, auch vom Werkhof, denen wir an dieser Stelle für ihren Einsatz auch danken. Es ist ja nicht die schönste Arbeit, die man leisten kann, den Anderen ihren Abfall wegzuräumen. Aber wir kommen nicht umhin, uns in unserer offenen Gesellschaft mit diesem Problem zu konfrontieren und immer wieder versuchen, dies zu lösen. Damit kommen wir mit einer gut funktionierenden Abfallentsorgung einigermaßen zu Gange, die natürlich auch beinhaltet, dass man an den Brennpunkten, an einigen Orten, einfach noch mehr Abfalleimer braucht. Gerade wenn man im warmen Sommerhalbjahr Richtung Chessiloch schaut, sind manchmal die paar Abfalleimer komplett überfüllt und dies zwei, drei Tage lang. Nachher kommen noch die Tierchen, die die Sachen herumschleppen. Wir kommen nicht umhin, dort zu investieren und dies mit den Steuergeldern zu tragen, und danken dafür, wenn dies von der Allgemeinheit unterstützt wird.

Simon Muster: Ich habe nur eine Frage. Wie kommt der Werkhof bei Frage 2 zu dieser Schätzung? Sie scheint mir sehr exakt zu sein. Wie findet man heraus, welcher Abfall illegal entsorgt wurde? Das ist eine ernsthafte Frage. Es überrascht mich einfach, wie genau diese Schätzung ist, so auf eine Tonne.

Stadtrat Thomas Marbet: Zuerst zum Vorstoss Littering. Es ist tatsächlich so. Wir haben dort Aufwendungen für die Kampagne. Übrigens: Ihr habt es vielleicht schon gesehen oder erhaltet es noch. Saubere Zeiten, das ist die neueste Kampagne des Werkhofs und der Stadt Olten eben für eine saubere Zeit, auch im Sommer. Im Sommer sind diese Brennpunkte ja immer ein grosses Thema, und Ihr werdet auf der letzten Seite auch den Aufruf, dass man Plastik einsammeln soll und dies auch Wertstoff bedeutet, sehen. Wir haben hier diese App aufgeführt. Es ist nicht die gleiche, die Christian meint, mit dem Denkkzettel, wo man erinnert wird. Wir haben intern die App, die Du erwähnst, mit der wir unter den Mitarbeitenden des Werkhofs melden können. Man kann sagen, da steht ein Kehrichtsack, oder da liegt wieder einmal ein Teppich unter dem Baum. Könntest Du ihn holen? Dann erhalten wir die Meldung. Das haben wir intern im Einsatz, haben es aber noch nicht in einem externen Gebrauch. Aber intern steht es zur Verfügung. Eine solche Kampagne kostet auch immer Geld. Das ist nicht ein Berater, der ein grosses Honorar bezieht. Das sind auch Porti, Druckkosten und Grafik. Es ist auch die Verpflegung beim Plogging, an dem der Stadtpräsident und ich beim vorletzten Mal waren und durch die rechte Aareseite gejoggt sind. Informationstafeln. Es braucht alles, auch diese Mittel. Das ist letztlich der Posten für die ganze Kampagne dieser sauberen Zeiten. Man hatte in der Aare die Skulptur, um auch darzustellen, was hier an Mengen Abfall zusammenkommt. Wir würden uns natürlich wünschen, wir hätten eine Handhabe, gegen das Littering vorzugehen. Es ist für uns sehr mühsam, sehr mühsam für die Mitarbeitenden. Die Stelle, die erwähnt wurde, das ist so. Das ist eine Stelle in der Reinigung. Es sind dort nicht die höchsten Löhne, die wir zahlen. Das ist auch bekannt. Aber es ist einfach viel Geld, das letztlich auch fehlt und Ressourcen für andere Aufgaben fehlen. Die Wagen, die herumgeführt werden, und den Abfall einsammeln, werden nachher gewogen. Wir haben im Werkhof eine Waage. Dann kann man ziemlich genau sagen, was man in einem Park, wo leider viel Abfall herumliegt, nach dem Wochenende zusammengesammelt hat. Der Punkt mit den grösseren Gebinden ist so eine Sache. Wir haben auch schon die grossen Tonnen hingestellt. Was landet nachher drin? Der Hauskehricht. Das ist dann natürlich auch nicht das Ziel. Man muss etwas schauen, wie man es am besten vermeiden kann. Deshalb ist man zu diesen Haie gekommen, mit denen man es tatsächlich ein wenig erschweren will, dass man den Hauskehricht hineinstopfen kann, sondern es ist wirklich gedacht für ein Sandwich-Gebinde oder ein Gebinde eines Getränks, so dass es eben nicht den ganzen Hauskehricht aufnimmt. Dann gab es noch die Frage von Raphael zum vorherigen Vorstoss, wenn ich noch kurz versuchen darf, diese zu beantworten. Wir haben natürlich in der Stadt die verschiedensten Touren, Kehricht, Papier, Karton, in unterschiedlichem Rhythmus, auch die Grünabfuhr, Metall. Es muss einfach auch

von der Menge her Sinn machen, dass man ein separates Fahrzeug braucht. Man kann ja nicht das Kehrichtfahrzeug nehmen und gleichzeitig Plastik einsammeln. Sonst ist der Plastik nachher zusammen mit dem Kehricht gepresst. Es wäre ja nicht das Ziel, dies wieder zusammenzuführen. Es muss sich einfach auch betrieblich lohnen oder Sinn machen, und es muss auch in die Touren hineinpassen. Wir machen ja auch noch den Abfall und das Grüngut von Starrkirch-Will, dass wir dort einfach auch die Wege haben. Ich nehme gerne auf zu überlegen, wo es Sinn macht. Im Moment macht es keinen Sinn, leer herumzufahren. Wenn man während eines Morgens mit einem Wagen durch das ganze Quartier fährt und drei Säcke holt, hat man auch Ressourcen verbraucht. Das ist eigentlich der Grund, weshalb man noch nicht eine eigene Tour gemacht hat. Aber ich schliesse dies nicht aus. Wenn die Mengen so steigen, ist es sicher sinnvoll und werden wir es auch machen.

Matthias Borner: Ich finde es einfach etwas schade. Man gibt seit zehn Jahren jedes Jahr Fr. 70'000.— aus. Man macht schöne Broschüren. Man macht auf der Werkhofseite auch aufwändige Videos, die sicher auch nicht günstig sind, und die Zahlen sind immer gleichgeblieben. Vielleicht müsste man sich ja einmal die Frage stellen, ob man etwas Neues probieren sollte, und vielleicht liegt auch die Antwort für Simon Muster drin. Als ich angefangen habe, mich zu diesem Thema zu erkundigen, am Montagmorgen gibt es beispielsweise wie so etwas wie eine fixe Tour zu allen illegalen Mülldeponien. Da gehen sie zum Sälihof und zum Wilerhof. Man hat sich damit abgefunden und weiss, am Montag ist es die illegale Mülltour. Es ist einfach schade, dass man es nicht einmal mehr versucht und noch einmal eine Broschüre in die Haushaltungen schickt. Vielleicht müsste man einmal etwas Neues, Anderes probieren.

Simon Muster: Ich habe angenommen, dass Ihr eine Waage habt. Aber wie unterscheidet man illegalen Abfall von normalem Abfall? Das ist die erste Frage. Matthias, ich meine dies wirklich ernst. Gibt es denn Orte, wo die Leute einfach ihren Hausabfall hinwerfen oder geht er in den normalen Abfall? Ich finde einfach, diese Zahl ist extrem überraschend, dass ein Drittel des Abfalls pro Woche illegaler Abfall sein soll. Ich würde gerne wissen, was die Definition ist und wie man dies herausfindet. Das war meine Frage.

Stadtrat Thomas Marbet: Illegaler Abfall ist das, was nicht in einem grauen Sack ist. Er wird die Farbe jetzt dann ändern, damit er auch sichtbarer ist. Eine Marke daran klebt oder ein Container mit einem Band. Was auf der Strasse liegt, unter einer Baumkrone, was im Wald liegt, was an der Kreuzung liegt, was neben dem Texaid-Sammelcontainer steht, was bei der Einfahrt der Tankstelle steht, bei der Ausfahrt der Tankstelle, bei der Sammelstrasse, bei der Bushaltestelle, neben dem Kandelaber, vor dem Hauseingang, das ist illegal entsorgter Abfall. Pneus im Wald.

Eugen Kiener: Ich wollte nur kurz sagen, dass ich vor zwei oder drei Jahren das letzte Mal in Berlin war. Dort hat es viel weniger illegalen Abfall am Boden, weil Deutschland halt auf den Bierdosen und Flaschen und auf Plastik ein Pfand hat. Wenn wir dies hätten, könnten wir dies vermeiden.

Mitteilung an
Kurt Schneider, Direktion Bau
René Wernli, Direktion Bau
Markus Lack, Direktion Bau
Stadtkanzlei, Andrea von Känel
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. Juni 2020

Prot.-Nr. 66

Schlussrede des abtretenden Parlamentspräsidenten

Parlamentspräsident Daniel Probst hält folgende Schlussrede als abtretender Präsident:

«Vor ziemlich genau neun Monaten, am 26. September 2019 habe ich im Parlamentssaal meine Antrittsrede als Parlamentspräsident gehalten. Damals habe ich aufgerufen, dass wir als Parlament wieder mehr Verantwortung übernehmen sollen. Ich habe gesagt, dass es unser Parlament nicht mehr braucht, wenn wir diese Verantwortung abschieben, indem wir zum Beispiel ein Geschäft an den Stadtrat zurückweisen oder einen im Parlament gefällten Beschluss selber mit einem Referendum bekämpfen. Wenn ich in die vergangenen Monate und vor allem zu unserer Sitzung von gestern Abend zurückschaue und die Vorstösse, die wir als Motion überwiesen haben, obwohl es eigentlich Postulate waren, muss ich sagen, ich glaube, Ihr habt meinen Aufruf ernst genommen und umgesetzt. Gerade gestern hat man ja auch gesagt, jawohl, wir weisen nicht zurück. Wir geben dem Stadtrat etwas weiter. Ich habe Euch dann aber auch gebeten, dass Ihr Euch intensiver und besser auf die Sachgeschäfte vorbereitet und nicht nur mit Euch selber, mit eigenen Vorstössen beschäftigt. Ich fand, bei der Diskussion der Sachgeschäfte habt Ihr Euch besser vorbereitet. Das fand ich sehr gut. Bei den Vorstössen bin ich mir nicht so ganz sicher. Ich habe nämlich schon wieder zwei erhalten. Ich lese sie jetzt vor. Von der SP/Jungen SP ist das Postulat Kollektives Gedächtnis Stadt Olten und auch von der SP/Jungen SP ist das Postulat Fischbrunnen eingereicht worden. Ich denke, hier sind wir immer noch in einem guten Rank mit vielen Vorstössen. Einigen von Euch haben aber zumindest auch das Instrument der Kleinen Anfrage entdeckt. Dafür danke ich. Das ist nämlich ein ganz spannendes Instrument. Es wird sehr schnell behandelt, hängt nachher nicht in der Traktandenliste, und die Presse berichtet oft auch sehr ausführlich darüber. Man kann halt dann nicht darüber diskutieren. Aber ich gebe Euch diesen Geheimtipp. Drittens war es auch mein Wunsch, dass wir uns auf eine einigermaßen geordnete Gesprächs- und Verhandlungskultur im Parlament einigen können. Ich habe Euch gebeten, dass wir uns auf substanzielle Beiträge beschränken sollen und falls irgendwie möglich auf persönliche Bemerkungen, Ausdrücke von persönlichen aktuellen Empfindungen oder auf Wiederholungen aller Art zu verzichten. Auch hier meine ich, dass wir besser geworden sind. Der Grund ist aber wahrscheinlich Corona. Man überlegt halt in diesem Saal schon zweimal, ob man auf einen Knopf drückt, nach vorne geht und sein Referat stehend halten muss. Wenn man im Gemeinderatssaal ist, ist es schön bequem, das Knöpfchen drücken, sitzen bleiben, und man kann anfangen zu plaudern. Das hat sicher etwas geholfen. Ich finde zumindest, dass wir in diesem Saal sehr gute Voten hatten. Heute bin ich ja zum letzten Mal dabei. Aber man könnte sich wirklich überlegen, ob man vielleicht in Zukunft die Gemeinderatssitzungen immer hier durchführt und einen effizienteren Ablauf hätte. Mein letzter Punkt bei meiner Antrittsrede war ein Aufruf, dass wir als Parlament versuchen, über die Parteigrenzen zusammenzuarbeiten und so gemeinsam unsere schöne Stadt weiterzubringen. Mit dem Leitspruch «Gemeinsam für Olten» habe ich versucht, das Miteinander, Gemeinsame und Verbindende in unserem Parlament zu unterstreichen. Wir sind alle Menschen, die sich freiwillig, weg von ihren Liebsten, über viele Stunden und Abend durch das ganze Jahr Gedanken machen, was wir persönlich Gutes für unsere Mitmenschen in dieser Stadt tun können. Schlussendlich haben wir ja alle die gleichen Ziele. Wir wollen alle, dass unsere Stadt noch attraktiver, noch herzlicher, noch charmanter und noch

menschlicher wird. Die Wege und Ideen, um das Ziel zu erreichen, sind verschieden. Aber das Ziel ist eigentlich bei fast allen gleich. Umso mehr hat es mich auch gefreut, dass wir im März zu Beginn der Corona-Krise gemeinsam ein Inserat im Stadtanzeiger schalten konnten. So konnten wir die Einheit und den Zusammenhalt in einer so schwierigen Zeit demonstrieren. Das war wirklich ein starkes Zeichen, und das hat mich sehr gefreut. Ich komme bereits zum Dank. Ich danke zuerst Euch allen, dass Ihr mich im Parlamentsjahr mit knackigen Voten und Disziplin unterstützt habt. Aber allen voraus danke ich Markus Dietler und Andrea von Känel von der Stadtkanzlei. Die beiden, und das merkt man als Parlamentspräsident umso mehr, sind wirklich immer da, wenn man sie braucht. Man kann immer kurz zur Seite fragen, wenn etwas unklar ist, und sie sind da. Ich glaube, das ist ein grosser Applaus für die beiden wert.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich habe zwei Gutscheine, damit Ihr mit Euren Liebsten, die Euch auch nicht so viel sehen, essen gehen könnt. Merci vielmals. Ich danke auch meiner Fraktion, meinen Parteikollegen für die Unterstützung. Es war mir eine grosse Freude, FdP-Fraktion, mit Euch zusammenzuarbeiten. Unsere Fraktion ist ein wenig speziell. Sie besteht aus kreativen Spinnern, ihr könnt selber überlegen, wer dies ist, Erbsenzähler, Querschläger, Bedenkenträger, aber auch aus Berufsoptimisten. Es ist die perfekte Mischung. Ihr seid mein Dream-Team. Merci vielmals. Dann möchte ich auch dem Stadtrat und der gesamten Verwaltung danken, dafür, dass er für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier immer wieder arbeitet und Ihr uns trotz unserer Vorstösse ganz fest gerne habt. Sonst würdet Ihr ja nicht freiwillig bei jeder Gemeinderatssitzung herkommen und Euch das Ganze anhören. Gut, seid wir im Stadttheater sind, haben wir gesehen, dass sie manchmal etwas später kommen. Der Grund ist, dass sie in den Aarhof gehen, um sich kurz Mut anzutrinken. Aber das ist ja in Ordnung. Danken möchte ich auch den Medienvertretern. Das sind neben meiner Frau die Einzigen, die nicht freiwillig an unsere Sitzungen kommen, sondern beruflich dazu verpflichtet sind. Vielen Dank, diesen Damen und Herren Medienschaffenden. Wir bedauern Euch oft, aber eigentlich mehr bewundern wir Euch, dass Ihr dies durchhaltet. Dann möchte ich natürlich auch meiner Frau Valerie. Ich habe es schon gesagt. Sie hat in all den 23 Jahren nicht einmal reklamiert oder einen dummen Spruch gemacht, wenn ich am Abend für eine Parteiversammlung oder für eine Fraktions- oder Gemeinderatssitzung verschwunden bin, auch nicht, als wir vor 11 und 13 Jahren zwei kleine Kinder bekommen haben. Jetzt sind sie nicht mehr ganz so klein. Der Ältere hat noch ein paar Zentimeter. Dann hat er mich eingeholt. Jetzt hoffe ich nur, dass unsere Beziehung auch nach 25 Jahren weiterbestehen bleibt, wenn ich am Abend zukünftig mehr zu Hause sein werde. Das hoffe ich stark. Valerie, vielen, vielen Dank für Deine Unterstützung. Du bist die Allerbeste. Ich komme zu den letzten Worten, zum Rücktritt. Wie ich bereits mehrmals angetönt habe und Ihr vielleicht schon vernehmen konntet, ist dies heute meine letzte Gemeinderatssitzung. Ich werde per 31. Juli nach 23 Jahren im Gemeinderat zurücktreten und werde das Parlamentsjahr somit noch beenden. Als ich anfang, war ich 24 und war als Jungliberaler auf einer Jungliberalen Liste. Ich habe selber alle 100 Unterschriften gesammelt und bin dann zur Verwunderung der FdP gewählt worden. Niemand hat mich gekannt. Ich habe ihnen einen Sitz weggeschnappt. Das freut mich heute noch. Ich bin heute 47 Jahre alt und kann wie Christian Werner behaupten, dass ich die Hälfte meines Lebens hier im Gemeinderat verbracht habe. Neben wem ich an der ersten Gemeinderatssitzung gegessen habe, das wusste Christian Werner noch, weiss ich wirklich nicht mehr. Ich bin aber die Liste der Wahl 1997 durchgegangen. Mit dabei waren von den Gemeinderäten auch schon Iris Schelbert, sie war sehr gut gewählt, und Noldi Uebelhart. Sonst habe ich noch ein paar Väter und Mütter einiger junger Parlamentariern. Ich zähle sie jetzt nicht alle auf. Aber zum Teil sind sie auch noch später gekommen. Nach all diesen Jahren nehme ich vor allem etwas mit, und das ist mir sehr wichtig. Ich finde, es ist ein riesengrosses Privileg, dass wir hier im Oltnen Gemeinderat sitzen können und ohne Fraktionssitzungen zehnmal pro Jahr Gelegenheit erhalten, uns mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen. Das ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Heute haben sich bis auf wenige Ausnahmen, zum Beispiel bei den Medien, viele Medien auf Mainstream ausgerichtet, und man findet dort nicht mehr viele

verschiedene Meinungen. Das lässt sich auch marketingtechnisch am besten verkaufen, wenn man Mainstream verkauft. Viele Diskussionen finden heute vor allem auch in den sozialen Medien statt und nicht mehr persönlich. Dort sorgt halt der Algorithmus dafür oder schaut, mit wem man redet. Man kann es meistens nicht mehr selber auswählen, und meistens hat man es dann mit Gleichgesinnten oder immer mit den gleichen Leuten zu tun. Auch der Stammtisch in der Beiz, der gute alte Stammtisch, wird halt auch immer mehr verdrängt. Es gibt immer neue Gastrokonzepte, und er hat halt auch nicht mehr immer Platz. Es finden sich also nicht mehr viele Möglichkeiten, sich miteinander auszutauschen, ausser in einem solchen Parlament. Da ist man gezwungen, dass man sich mit Andersdenkenden auseinandersetzen muss. Manchmal tut es auch weh. Manchmal möchte man am liebsten aufstehen und gleich etwas entgegnen. Man muss zuhören. Es darf immer nur eine Person reden, und das finde ich sehr, sehr wertvoll. Das ist Allerbeste, was ich aus diesen 23 Jahren mitnehmen konnte. Es ist mir wichtig, dass Ihr wisst, dass dies ein Riesenprivileg ist, dass Ihr hier sitzen dürft und gewählt wurdet. Mit diesen exakten Worten konnte ich übrigens auch Sandra Siegrist, überzeugen, dass sie im Gemeinderat nachrückt. Sie hat eigentlich nicht so viel Zeit, wie wir alle auch nicht, aber sie meinte dann, sie finde dies ein gutes Argument, sich andere Meinungen anzuhören und sich mit anderen Meinungen auseinandersetzen. Das ist heute wichtig. Deshalb bekommt die FdP-Fraktion nach mir eine weitere Powerfrau, und wir haben immerhin wieder einen Drittel Frauenanteil. Ich werde Euch alle und den Oltner Gemeinderat sicher vermissen. Einfach ist dieser Rücktritt für mich natürlich nicht. Nach 23 Jahren, nach der Hälfte des Lebens, wird so etwas halt auch ein Teil der eigenen Identität. Ich freue mich aber auch auf die gewonnene Freizeit und mehr Zeit mit meiner Familie. Politisch werde ich mich in Zukunft noch etwas mehr auf den Kantonsrat konzentrieren können, wo ich diesen Austausch, auch mit nicht Gleichgesinnten, dieser ist mir fast wichtiger, auch weiterführen kann. Ein Abschied ist es ja in unserem kleinen Städtchen Olten sowieso nie. Wir sehen uns alle immer, immer wieder. Mich freut es auch, dass ich mit Philippe Ruf einen würdigen Nachfolger als Präsident habe. Ich bin überzeugt, dass er die Sache gut machen wird. Du hast nur fünf Vorstösse und diejenigen, die noch eingegangen sind, die Du mitnimmst. Das ist zu machen. Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit».

Es folgt Applaus.

Philipp Müller: Bevor Daniel zum gemütlichen Teil kommen und auch weiterleiten darf, nutze ich jetzt die Gelegenheit, damit wir es nachher noch richtig rauschen lassen können. Daniel, ich habe dies nachgeforscht. Unsere fleissigen Kolleginnen zu unserer Rechten haben dies wieder super recherchiert. Du bist 2005 ins Parlament gekommen. Das ist schon sehr lange her. Du hast jahrelang in der GPK gedient. Du warst in der Jugendkommission. Du arbeitest für die Städtischen Betriebe Olten, und Du bist seit Jahren im Büro. Du hast sehr viel geleistet. Ich möchte Dir auch noch persönlich sagen, und das hören vielleicht hier nicht alle so gerne, aber als es um das Parkierungsreglement ging, habe ich gesehen, Daniel kann in die Hosen, kann arbeiten. Er kann Leute mitreissen, er kann etwas erreichen, und Du hast es glorreich erreicht. Ich finde, ich kann dies vielleicht nicht sehr gut beurteilen, weil ich noch nicht so viele Jahre dabei sein, aber was Du hier im letzten Jahr geleistet hast, ist einer der souveränsten Auftritte, die ich bis jetzt gesehen habe. Ich finde, Du hast einen der abgeklärtesten und effizientesten Parlamentsbetriebe sichergestellt, die ich bis jetzt gesehen habe. Ich danke Dir im Namen des ganzen Parlaments ganz herzlich dafür. Du hast meine Bewunderung, und ich denke, ich spreche nicht nur für mich allein, wenn ich im Namen des Parlaments sage, danke vielmals für Deine Leistungen, und wir verabschieden Dich voller Ehrfurcht und Respekt. Merci vielmals.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Ich war noch nicht fertig. Merci vielmals. Normalerweise hätten wir um 21 Uhr einen Apéro. Es ist aber schon später. Ich hätte eigentlich vorgehabt, dass wir zusammen einen Parlamentsausflug machen. Es wäre mir sehr wichtig gewesen, dass wir uns auch untereinander austauschen können. Das war leider

auch wegen Covid 19 nicht möglich. Dafür habe ich für Euch ein kleines Konzert organisiert. Sie warten schon draussen. Sie meinten, sie würden etwas früher an die Reihe kommen. Es hat mit etwas Anderem zu tun, wo ich auch dabei bin. Ich bin in einer Fasnachtszunft, der Hilari-Zunft, und es sind noch zwei andere Kollegen, Martin Wey und Matthias Borner auch dabei. Wir tragen jeweils Kappen, die wir jetzt anziehen. Gelb ist für FdP, schwarz für CVP. Aber sie kann mit der Zeit vielleicht auch etwas bunter werden. Wir haben ja einen bunteren Haufen. Ich möchte Euch jetzt ein kleines Konzert präsentieren. Dafür habe ich ein paar Gäste eingeladen. Das sind Beat Loosli., er ist Präsident der FUKO, wir haben auch eine FUKO-Rätin im Stadtrat und Philipp Müller, er ist in diesem Jahr Obernaar, mit seiner Band Hilarius 7.

Es folgt Applaus.

Beat Loosli: E bit om Rue, nor ei Momänt, för de FUKO-Präsidänt. Geschätzter Gemeindeparlamentspräsident, lieber Daniel, geschätzte Damen und Herren Gemeindeparlamentarierinnen und Gemeindeparlamentarier, Herr Stadtpräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, geschätzte Damen und Herren aus der Verwaltung. Oltner Fasnacht zum Sommeranfang und dies erst noch hier im Konzertsaal. Haben sich der Obernaar und der FUKO-Präsident in der Jahreszeit getäuscht? Nein und nein. Geschätzte Damen und Herren, an der Fasnacht in diesem Jahr durfte unsere älteste Zunft in Olten, die Hilari-Zunft, ihr hundertstes Jubiläum feiern, und damit durfte eigentlich die sogenannte moderne Fasnacht feiern. Fasnacht nach dem 1. Weltkrieg. Wenn man zurückschaut, ist die Fasnacht aber uralte. Bereits 1563 ist in der Chronik eine Fasnacht mit 178 auswärtigen Gästen und 52 Pferden vermerkt. Sie mussten in diesem kleinen Städtchen untergebracht werden. Vier Hotels konnten sie belegen. Das war der Löwen, den wir heute noch kennen, in der Krone, die heute eine Hamburger- Hochburg ist, McDonald, im Mond war bis vor kurzem noch der Damen Bernheim, und im Turm, das ist dort, wo nachher Möbel Lang gekommen, der schon lange nicht mehr Nestchen verkauft, das ist heute Bartlomé oder auch Mägli. 178 Gäste. Ich habe nicht nachgeschaut, wie viele Einwohner die Stadt damals hatte. Es waren nicht viel mehr, als in der Altstadt Platz hatten. 1893 ist im Kreuz in Olten eine Narrenzunft gegründet worden. Präsident war Constantin von Arx und Vizepräsident Jakob Belart. Namen, die man in Olten kennt, Namen, die Olten geprägt haben. Constantin von Arx hat zum Beispiel ganze Strassenzüge mit Einfamilienhäusern gebaut, und er ist eigentlich der Vater unserer Gartenstadt, auf die wir heute in Olten stolz sind. Er hat aber auch das Elektrizitätswerk Olten-Aarburg, die spätere Atel, gegründet. Das ist auf seine Initiative zurückzuführen. Dann ist der 1. Weltkrieg gekommen. Diejenigen, welche die eindrückliche Fotodokumentation einmal im Historischen Museum gesehen haben, es war auch eine Zäsur für die Bevölkerung der Stadt Olten. Auch für die Fasnacht haben die Strukturen nicht überlebt. Nach dem 1. Weltkrieg hat es eine Gruppe gegeben, die gesagt hat, Olten soll wieder einmal fröhlich sein, Olten soll lachen, singen und tanzen. So hat die Theaterkommission ein Maskenballkomitee gegründet. Die Männer, die in diesem Komitee waren, kamen aus dem Umfeld von Laienschauspielern und Theaterfreunden. Sie haben im Stadttheater und Konzertsaal für das Jahr 1920 einen Fasnachtsball organisiert. Für diejenigen, die es interessiert, der Eintritt hat für Maskierte fünf Franken gekostet. Ich rechne dies einmal auf die heutige Zeit hoch. Unmaskierte zehn Franken. Schon 1920 wäre als wichtigste Attraktion der Auftritt von Prinz Karneval gewesen, aus dem nachher die Figur unseres Oltner Obernarren entstanden ist. Aber es sollte leider nicht wie geplant kommen. Auch vor 100 Jahren hat eine Pandemie einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die spanische Grippe. Sie hat dazu geführt, dass Solothurn im damaligen Lockdown Tanzanlässe und Versammlungen verboten hat. So musste man halt ein Jahr warten, und diese Männer hatten sich eigentlich durch diese Aufgabe angefreundet, hatten Freude und haben im November 1920 die Hilari-Zunft gegründet. Dies alles erklärt eigentlich erst die Verbundenheit der Oltner Fasnacht mit diesem Haus. Sie ist tief. Aber mehr auch noch nicht. Wenn man jedoch weiss, dass der erste Zunftmeister Hugo Meyer, später von 1933 bis 1957 Stadtpräsident war. Übrigens war sein Vorgänger, Hugo Dietschi, glatte 31 Jahre im Amt, 1902 bis 1933, lieber Freund Martin. Nach Hugo Meyer waren seine sämtlichen Nachfolger, Hans Derendinger, Philipp Schumacher, Ernst Zingg und Martin Wey Fasnachtszünfter. Auch Martin, Ihr seht es an

seiner Narrenkappe, gehört der Hilari-Zunft an. Jetzt kommen wir dieser Sache schon etwas näher. Wie sieht es eigentlich mit dem Gemeindeparlament aus? Als ich dabei war, hiess es noch Gemeinderat. Das erste Parlament ist 1973 in Kraft gesetzt worden. Seither gibt es in Olten die ausserordentliche Gemeindeorganisation und damit auch den grossen Gemeinderat, wie er damals hiess. 47 Parlamentspräsidenten, davon waren 16 Fasnächtler, und von diesen 16 Fasnächtlern, Iris, drei Frauen. Von diesen 16 gab es einen Obernarren. Es war nämlich der erste, Walter Luterbacher, zwei FUKO-Präsidenten und doch immerhin, lieber Daniel, fünf Hilari-Zünfter. Es ist eigentlich, dass Du dies im Jubiläumsjahr machen durftest. Wenn wir dies jetzt genau anschauen, ist der Präsident der Legislative bei diesem hundertjährigen Jubiläum, Hilari-Zünfter, der Präsident der Exekutive, Martin, Hilari-Zünfter. Wir haben den Zufall, dass eigentlich auch Repräsentanten der Oltnen Fasnacht, der Obernaar Hilarius der 100. und ich, der FUKO-Präsident, durch die Hilari-Zünfter besetzt werden dürfen. Das war's, Daniel. Triumvirat. Lieber Daniel, wir danken Dir herzlich für Dein Präsidialjahr und die umsichtige Leitung. Mein Vorredner hat es vom Oltnen Stadtparlament schon erwähnt. Ich habe vorhin so etwas in die Reihen geschaut und durfte doch feststellen, dass, als ich im Jahr 2000/2001 Präsident war, ein paar von Euch auch schon im Saal sassen. So schliesst sich der Kreis. Übrigens seid Ihr nicht das erste Parlament, das im Konzertsaal tagt. 2001 hat der Kantonsrat hier getagt, als Ehrweisung im Rahmen von 800 Jahre Olten. Lieber Daniel, ich darf Dir im Namen der Oltnen Fasnacht unsere Ehrenplakette überreichen, eine wunderschöne Eulenplakette, die auch auf die Hilari-Zunft anspielt, gestaltet von Christoph Schelbert. Herzlichen Dank für Deinen Einsatz.

Es folgt Applaus.

Philipp Müller: Jetzt wollen wir noch etwas Musik hören. Wir kommen zur Hymne dieser Fasnacht Hey brother.

Es folgt Applaus.

Philipp Müller: Hochwohllöbliches Parlament von Olten, hochwohllöbliche Stadträtinnen und Stadträte dieser Dreitannenstadt. Vor genau vier Monate durfte ich den Stadtschlüssel von Olten wieder in die Hände meines Zunftbruders Martin Wey zurückgeben. Es soll Leute geben, die behaupten, dass es seither mit der Lage auf unserem Planeten massiv den Bach hinunterging. Ich selber unterstütze diese These nicht. Ich bin dankbar, dass in dieser schwierigen Zeit dringend anstehende Entscheidungen nicht von mir getroffen werden mussten. Ich bin dankbar, dass ich in einem Land leben darf, in dem sich Leute wie Sie engagieren und nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohl unserer Gesellschaft streiten und agieren. Uns Fasnächtlern steht die Rolle des Hofnarren, des Harlekins zu. Wir bleiben kritische Beobachter von aussen und versuchen, gewisse Unzulänglichkeiten und Missstände auf humoristische Art und Weise anzuprangern. Gelingt uns dies gut, sind die Zoten geistreich und mit viel Schalk verfasst. Schiessen wir über das Ziel hinaus, sind sie platt und billig. So muss man sich als Narr auch immer wieder die Frage nach der Verhältnismässigkeit stellen. Mit diesen Fragen sind die Politiker in den vergangenen Wochen mehrfach konfrontiert worden. Noch ist nicht alles ausgestanden, aber von einer Aussensicht betrachtet darf festgehalten werden, dass hier eine Arbeit geleistet wurde. In diesem Sinne danke ich recht herzlich für Ihr Engagement. Wir werden uns weiterhin satirisch mit der Welt der Politik auseinandersetzen und zwar im Wissen darum, dass dieser Einsatz und die Kreativität nur für eine Sache ausgelebt werden kann, die einem wichtig ist, die einem am Herzen liegt. Ich wünsche Ihnen allen eine schöne, erholsame Sommerpause und viele fruchtbare politische Ideen im kommenden Jahr. Hilarius der 100., Obernaar a.d.

Es folgt Applaus.

Philipp Müller: Seit der letzten Fasnacht haben wir eine neue Hymne, extra für Olten, verfasst und zwar den Olten-West-Marsch. Wenn man einmal aufstehen darf, darf man dies dazu tun. Das Liedblatt habt Ihr auch. Olten-West-Marsch vorwärts Marsch.

Es folgt Applaus.

Nach einem weiteren Musikstück folgt Applaus.

Parlamentspräsident Daniel Probst: Merci vielmals. Das war die Hilarius 7 mit Obernaar Philipp Müller und FUKO-Präsident Beat Loosli. Das wäre es gewesen. Merci vielmals für die Unterstützung. Ich wünsche Euch einen schönen Abend. Wir sehen uns in der Stadt wieder. Tschüss zusammen.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.